

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Versandkosten 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Versandkosten 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen: Volkszeitung (siehe Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandkosten.

Redaktion:
Dr. Bruno Schönlau.

Inserate werden die gespaltene Petitzelle oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelungen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition anzugeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Kunt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Parteigenossen, Arbeiter, Bürger!

Mit einem Schlag seit Ihr nun politisch entrichtet; Euer Wille findet keinen Ausdruck mehr in der sächsischen Kammer. Nicht mehr Abgeordnete können Eure Forderungen und Beschwerden in der Gesetzgebung vertreten.

Aber trotz alledem bleibt Euch eine Waffe gegen die Reaktion in Sachsen wie im Reiche, eine Waffe, die die erste Macht im öffentlichen Leben ist, es bleibt Euch Leipziger die

Leipziger Volkszeitung.

Hente schon ist das Ansehen und der Einfluß dieses Eures Blattes im öffentlichen Leben maßgebend, aber nach Eurer Entrichtung habt Ihr nunmehr erst zu zeigen, daß Ihr geschlossen und einstellig hinter Eurer Presse steht.

Kein günstigerer Augenblick kann je wieder kommen als der jetzige, um in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung die

Leipziger Volkszeitung

einzu führen, für das Blatt zu agitieren.

Die beste und erste Antwort auf den Schlag der sächsischen Reaktion ist die Vermehrung der Abonnentenzahl. Eurer Presse um Tausende.

Die Mühe zu diesem Werbezettel ist jetzt gering, die Stimmung für uns günstig; darum laßt die Lösung jedes einzelnen Parteigenossen, jedes Abonnenten sein: Der Leipziger Volkszeitung für mein verlorenes Wahlrecht — einen neuen Abonnenten!

Auf zu diesem frischen, fröhlichen, kurzen Feldzug! Freiwillige vor! Es gilt Eure Presse, Eure eigene Macht zu stärken und zu vermehren. Ich gelesener und verbreiteter die

Leipziger Volkszeitung,

desto einflussreicher, desto gefürchterter die arbeitende Bevölkerung Leipzigs.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Der Kapitalismus in Ägypten und im Sudan.

Leipzig, 24. März.

Aus London schreibt uns unser X-Korrespondent: Unter dem Schall der hohltönenden Phrasen über die civilisatorischen Ziele, die England in Ägypten und der geplanten Eroberung des Sudan verfolgt, ist man nur zu sehr geneigt, die betrübliche Rolle außer Auge zu lassen, die der Kapitalismus, die Geldhier europäischer Geldleiber und ägyptischer Paschas in der Geschichte der britischen Besetzung des Nillandes und der blutigen Kämpfe im Sudan gespielt hat. Die Sache geht über zwanzig Jahre zurück und fängt, soweit die englische Nation in Betracht kommt, mit dem Kauf der Suezkanalaktien im Nominalbetrag von 80 Millionen Mark durch den Earl of Beaconsfield, für die Rechnung der britischen Regierung an. Der schlaue orientalische Großvezier der Königin Victoria, die er umfängt um dieselbe Zeit zur Kaiserin von Indien proklamierte, machte mit diesem Kauf den groben Fehler des Lord Palmerston wieder gut, der sich den Bau des Suezkanals widergesetzt hatte, weil er den daraus erwachsenden Nachteil für den Handel Englands, die Gefährdung des Handelsmonopols mit dem Osten Afrikas befürchtete.

Der Besitz dieser dem Khedive Ismael abgekaufenen Kanalaktien gab der englischen Regierung wenn nicht das Recht, doch den Vorwand, in der Regelung der ägyptischen Finanzen das entscheidende Wort zu sprechen. Der verschwenderische, aber in mancher Hinsicht staatsmännisch begabte Viceregal von Ägypten, Ismael, hatte durch seine Prunkfeste und die kostspielige Eroberung des Sudan die Finanzen Ägyptens in eine gewaltige Verwirrung gebracht. Es ist bekannt, daß im Interesse der Staatsgläubiger der jetzige Marineminister Goschen, damals Teilhaber eines Londoner Bankhauses, einen Besuch in Ägypten machte; aber die von den Finanzmännern Englands und Frankreichs eingerichtete Doppelaufsicht über Ägypten war nicht gedehnt; Ismael Pascha mußte fort und wurde durch seinen ältesten Sohn, den wohlmeinenden, aber schwachen Tewfik Pascha ersetzt, unter dessen Regierung die Krise losbrach.

Das Land wurde zu Gunsten der Staatsgläubiger ausgesetzt; die Staatschuld, weit über zweitausend Millionen Mark, mußte hoch verzinst werden; und bevor Geld für die Verwaltung des Landes erhältlich war, verlangten die in Europa lebenden Inhaber der Schuldsscheine ihre Zinsen.

Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit der Ägypter, d. h. der herrschenden Klasse in Ägypten, in helle Flammen ausbrach und die von Arabi Pascha, einem ehrgeizigen, aber nicht unbegabten Ägypter geleitete Militärrevolution sich gegen Tewfik Pascha richtete. Der Aufstand hatte es aber in Wirklichkeit auf die ausländische Finanzkontrolle des Landes abgesehen. Das war im Jahre 1882. England, als Teilbesitzer des Suezkanals, sah den Zeitpunkt zu bewaffneter Intervention gekommen. Der Suezkanal war der direkte und billigste Wasserweg nach Indien geworden; englische Kapitalisten waren, wenn auch nicht in so hohem Maße als die Franzosen, an der ägyptischen Staatschuld interessiert. Gladstone, sonst kein Freund von abenteuerlichen Zugaben, wurde von den Geldmenschern der City und den nach kriegerischen Vorbeeren geizenden Militärs gedrängt zu einer bewaffneten Intervention in Ägypten, nachdem Frankreich die Kooperation abgelehnt hatte.

Alexandrien zu bombardieren und den Aufstand des Arabi Pascha niederzuwerfen, war eine verhältnismäßig leichte Sache. Aber die Engländer hatten kaum angefangen, die Verwaltung des Nillandes in Ordnung zu setzen, als der Aufstand der von dem Mahdi befehligen Dervische im Sudan losbrach und die kaum angefangene Arbeit wieder zu zerstören drohte. Im Sudan hatten die ägyptischen Paschas wie Räuber gehaust. Gordon, der als Nachfolger Baker Paschas mit Geifi, Emir und andern als Untergaben, eine ehrliche und gerechte Verwaltung einzuführen gesucht hatte, giebt in seinen Aufzeichnungen eine packende Schilderung von dem schrecklichen Unheil, das die Geldgier der vereinten Paschas und Sklavenhändler in diesem unseligen Land angerichtet. Kein Wunder, daß die unterdrückten Stämme sich dem Mahdi anschlossen, der sich von El Obeid aus gegen die gegen ihn geschickte Armee des Hids Pascha in Bewegung setzte, und nach Vernichtung dieser Armee Khartum, die Hauptstadt des Sudan, selbst bedrohte.

Die Ratlosigkeit in Kairo und London erreichte damals ihren höchsten Grad. Den Sudan, der unter Ismael umsummen verschlungen hatte, konnte man nach der Vernichtung der letzten ägyptischen Armee nicht halten. Aber etwas mußte man doch thun, um der in Teckmern gehenden ägyptischen Thranne im Sudan beizuspringen. Man wandte sich an General Gordon, der auf dem Punkte war, nach Belgien abzureisen, wo er für König Leopold die Verwaltung des Kongostaates übernehmen sollte. Er sollte nach Khartum gehen, zu retten was noch zu retten war, und dann den Sudan räumen. Es gibt in der Weltgeschichte kaum ein pathetischeres Kapitel als die Geschichte

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Mein Onkel Benjamin.

Von Claude Villier.

Deutsch bearbeitet von Ludwig Pfau.

Mein Onkel war sehr eigenständig, eigenständig wie wenn der Sohn eines Gauls und einer Eselin gewesen wäre — überhaupt ist der Eigensinn ein Fehler in unserer Familie — indessen gab er zu, daß Advolat Pagina recht habe.

Ich glaube, Herr Mingit, sagte er, daß Sie wohl daran hätten, Ihren Degen in die Scheide zu stecken und Ihren Federhut ins Futteral zu legen. Einen Krieg soll man nur aus äußerst gewichtigen Beweggründen beginnen; und der König, welcher ohne Notwendigkeit einen Teil seines Volkes zu jenen Schlachtfeldern führt, die man Helden der Ehre nennt, ist ein Mörder. Ihnen würde es vielleicht schmeicheln, Herr Mingit, einen Platz unter den Helden einzunehmen; aber der Ruhm eines Generals, woraus besteht der? aus zerstörten Städten, eingescherten Dörfern, verwüsteten Feldern, gefangen fortgeführt Kindern, aus Weibern, welche der Brutalität der Soldaten preisgegeben wurden, und Jüngern Weines, denen man im Keller den Boden ausschlägt. Alles das ist abscheulich, und mit schadet die Haut, wenn ich nur daran denke.

Was schwärest du mir da? antwortete Herr Mingit, es handelt sich nur um alte hasbverfallene Männer, welchen man einige Rippenstoße beibringen will.

Warum auch, sagte mein Onkel, wollt Ihr Euch die Mühe geben, sie umzustößen, wenn sie selber so sehr Willens sind einzufallen? Glaubt mir, gebt diesem schönen Landen Frieden wieder; ich wäre ein Feigling, ein Nichtswürdiger, wenn ich, um eine durchaus persönliche Beleidigung zu rächen, zugäbe, daß Ihr Euch den vielfältigen Gefahren aussetzt, welche unser Feldzug nach sich ziehen würde.

Aber, sagte Herr Mingit, ich habe auch persönliche Bekleidungen zu rächen an diesem Krautjunker: er hat mir spöttischer Weise Pferdsurin zum Beschauen geschickt für Menschenurin.

Das ist ein sauberer Grund, um sich zehn Jahre Galeeren auf den Hals zu laden. Nein, Herr Mingit, die Nachwelt würde Sie nicht freisprechen. Wenn Sie nicht an sich selber denken, so denken Sie wenigstens an Ihre Tochter, an Ihre teure Arabella; was hätte sie davon, so guten Rahmen zu machen, wenn Sie nicht mehr da wären, um ihr zu essen?

Dieser Appell an die väterlichen Gefühle des alten Doktors blieb nicht ohne Erfolg.

Du versprichst mir wenigstens, sagte er, daß Herr von Kambyses für seine Unverächtlichkeit bezahlt wird; denn du bist mein Schwiegersohn und somit sind wir in Ehrensachen für einander verantwortlich.

Och was das betrifft, beruhigen Sie sich, Herr Mingit, ich werde auf den Marquis ein wachsames Auge haben; mit jener geduldigen Ausdauer werd' ich ihm aufslauern, mit welcher die Katze auf eine Maus lauert; einmal werd' ich ihn wohl allein und ohne Gefolge erwischen und dann muß er denn seinen edlen Degen mit meinem Raptier messen oder ich prügle ihn nach Herzensus. Ich kann nicht schwören wie ein alter Ritter, meinen Bart wachsen zu

lassen oder nichts als trockenes Brot zu essen, bis ich mich gerächt habe — denn das paßt nicht zu meinem Handwerk, und das andere widerstrebt meinem Temperament; aber ich schwörte, nicht eher Ihr Schwiegersohn zu werden, bis mir für die erlittene Bekleidung eine glänzende Genugthuung geworden ist.

Nichts da! antwortete Herr Mingit, du gehst zu weit, Benjamin; ich lasse diesen gottoßen Schwur nicht gelten; du mußt im Gegenteil meine Tochter heiraten und kannst dich ebenso gut nachher als vorher rächen.

Wie können Sie daran denken, Herr Mingit? von dem Augenblitze, wo ich mich mit dem Marquis auf Tod und Leben zu schlagen habe, gehört mir mein Leben nicht mehr an; ich kann mir nicht erlauben, Ihre Tochter zu heiraten, um sie vielleicht am Tage nach der Hochzeit zur Witwe zu machen.

Der gute Doktor suchte den Entschluß meines Onkels zu erschüttern; als er jedoch sah, daß ihm dies nicht gelinge, entschloß er sich, seine Kleider zu wechseln und seine Armee zu entlassen. So endigte dieser große Feldzug, welcher die Menschheit wenig Blut geflossen hat, aber viel Wein den Herrn Mingit.

IX.

Wie sich mein Onkel vom Marquis küsself ließ.

Benjamin hatte in Corvol geschlafen. Als er des anderen Tages mit Herrn Mingit das Haus verließ, so war die erste Person, die ihm auffiel, der Doktor Tata. Dieser, der nicht das beste Gewissen hatte, wäre ebenso gern zwei großen Wölfen auf der Straße begegnet als meinem Onkel und dem Herrn Mingit. Da er jedoch nicht entrinnen

des letzten Jahres dieses heldenmütigen Mannes, der von Kapitalisten und Diplomaten an diesen verlorenen Posten geschickt, dort ohne Truppen und Geld ansharrte, von Verrätern umgeben, bis er, zwei Tage bevor die feindlich erwartete Hilfe vor Khartum erschien, von den Händen der Dervische den Tod fand.

In seinem letzten Tagebuch, das in 1884 geschrieben wurde, berechnet Gordon, daß bereits 80 000 Menschen der Wirtschaft im Sudan zum Opfer gefallen seien. Rechnet man dazu die Tausende Leben, welche Lord Wolseleys unglücklicher Marsch von Dongola nach Metemnach gekostet, die ungezählten Tausende, welche um Suakin gefallen sind, Ägypter, Sudaner und britische Soldaten, so erhält man eine Totalsumme von Kriegsopfern, welche in die Hunderttausende geht. Über die Bucherer und Geldleicher Europas erhielten ihr Pfund Fleisch: das war alles, worum sie sich kümmerten.

Es läßt sich nun freilich nicht in Abrede stellen, daß die englische Occupation Ägyptens auch den Ägyptern, besonders den Fellachen zu großem Segen gereicht hat. Die Engländer haben in der Verwaltung geordnete Zustände geschaffen, in der Gerichtspflege europäische Grundsätze eingeführt, die erdrückende Steuerlast vermindert, die verhaftete Ironarbeit abgeschafft und soweit ihr Atem reichte, für die Sicherheit der Landeskinder und der Europäer Sorge getragen. Dass die Finanzen des Reiches blühend sind, das beweist auch der kürzlich veröffentlichte Bericht des britischen Bevollmächtigten Lord Cromer. Aber der Zauber, den der geheimnisvolle Sudan auf die ägyptischen Staatsmänner der Vergangenheit ausübt, scheint nun auch die Mitglieder des Kabinetts des Lord Salisbury ergriffen zu haben. Anders läßt sich die beschlossene Wiederbefreiung von Dongola doch kaum erklären. Wie oft wiederholt Gordon Pascha in seinem letzten Tagebuch die That, daß im Sudan nichts zu holen, und der ägyptische Beamte nur der Fluch des Landes sei! Und nun soll das verhängnisvolle Spiel wieder von vorne anfangen!

Im Grunde ist jedoch diese Vorwärtspolitik wohl nicht so ernstlich gemeint als sie aussieht. England hat in den letzten Monaten, besonders seit der hochmütige, aber schwache Lord Salisbury das Auswärtige Amt verwaltet, an „Prestige“ (Ruhm) ungeheuer eingeblüht. Englands auswärtige Politik wird in aller Welt verachtet. Lord Salisbury hat sich von Russland in der armenischen Frage eine Nase drehen lassen; er hat den Franzosen ein schönes Stück von Siam ausgeliefert, ohne sich damit die Freundschaft der Franzosen zu erkauft. Liberall findet sich die englische Diplomatie entweder von Frankreich oder von Russland konfrontiert. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese unabstrebare That, nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse der englischen Staatsmänner in der ägyptischen Angelegenheit gewesen ist. Es waren vorzugsweise die liberalen Staatsmänner, welche sich um die Freundschaft Frankreichs und Russlands bewarben; es war Lord Rosebery, der im Verein mit diesen zwei Mächten die Reformen in Armenien durchzusetzen suchte. Es waren auch liberale Staatsmänner, die vor Jahren die Räumung Ägyptens versprochen. Die Erklärung der konservativen Minister, daß man Dongola wieder besiegen, und wenn thunlich, auch den Sudan wieder erobern werde, bedeutet in erster Linie die bleibende Besetzung Ägyptens durch England, und zweitens die Entfernung Frankreichs und Englands, das sich voraussichtlich gezwungen sieht, näher an die Mächte des Dreibundes anzuschließen.

Politische Übersicht.

Zur Mandatsniederlegungsfrage. Das Organ der Zwicker Genossen, das Sächsische Volksblatt, das der Landtag abgeordnete Genosse Goldstein redigiert, bringt an leitender Stelle einen Artikel über die Taktik der sächsischen Sozialdemokratie unter dem neuen Wahlgesetz. Der Artikel untersucht die Aussichten der Sozialdemokratie bei den Wahlen unter dem neuen Gesetz, schlägt eine einmalige Probe-

könnte, entschloß er sich, gute Männer zum bösen Spiel zu machen und ging auf meinen Onkel zu.

Guten Morgen, Herr Mathery; wie befinden Sie sich, ehrenwerten Herr Minxit? Wie sind Sie denn mit unserem Gesetz fertig geworden, Herr Benjamin? Ich hatte eine grausame Angst, er möchte Ihnen übel mitspielen; ich konnte wahrhaftig die ganze Nacht kein Auge zutun.

Fata, sagte Herr Minxit, heben Sie Ihre Speichelkugeln für den Marquis auf, wenn Sie ihm begegnen; ist es wahr, daß Sie zum Herrn von Clambyses gefragt haben, Sie kennen Benjamin nicht mehr?

Ich weiß mich dessen nicht zu erinnern, mein bester Herr Minxit.

Ist es wahr, daß Sie zum selben Marquis gefragt haben, ich sei keine schicke Gesellschaft?

Das konnte ich unmöglich sagen, mein liebster Herr Minxit, Sie wissen ja, wie sehr ich Sie achte, mein Freund.

Ich bestätige auf Ehrenwort, daß er das alles gefragt hat, sprach mein Onkel mit der eisigen Kaltblütigkeit eines Richters.

Es ist gut, sagte Herr Minxit; dann wollen wir unsre Rechnung ins reine bringen.

Fata, rief Benjamin, ich sage Ihnen, daß Herr Minxit Sie durchpeitschen will. Da haben Sie meine Rechtigkeit verteidigt. Sie sich der Körperschaft zu Ehren; ein Arzt kann sich nicht ansprüchen lassen wie ein Drei-Thaler-Esel.

Ich habe das Gejetz auf meiner Seite, sagte Fata; wenn er mich schlägt, so soll ihn jeder Schlag teurer zu stehen kommen.

Ich seje fünfhundert Thalern dran, sagte Herr Minxit, indem er seine Rechtigkeit preisen ließ; da, Fata, Fatorum! Schlaf, Vorsehung der Alten! da, da, da da!

wohl vor und führt dann, zur Frage der Mandatsniederlegung übergehend, fort:

Nun noch ein Wort zur Mandatsniederlegungsfrage. Auch in dieser Hinsicht glauben wir es unsern Lesern schuldig zu sein, sie von bestehenden dreierlei Meinungen zu unterrichten. Die eine Meinung geht auf sofortige Niederlegung der Mandate nach erfolgtem Beschuß der Landesversammlung, die andere Meinung, welche hofft, die Wahlen werden doch einigen Erfolg für uns bringen, ist für Mandatsniederlegung nach der nächsten Wahl, doch vor der Landtagseröffnung, die dritte Meinung aber richtet sich gegen die Mandatsniederlegung. Die verschiedenen Meinungen in betreff der Mandatsniederlegung bezüglich des Termins decken sich nicht mit den Anschauungen betrifft der Wahlbeteiligung. Es gibt Stimmen für Probewahl und gegen Mandatsniederlegung, Stimmen für Probewahl und für sofortige Mandatsniederlegung u. s. f. Die Klärung aller dieser strittigen Meinungen soll die Landesversammlung bringen.

Wir sprechen uns für sofortige Mandatsniederlegung aus, weil wir uns von einem Verbleiben des Fraktionskampfes in der Zweiten Kammer zwei resp. vier Jahre lang nicht viel versprechen.

Worin sind wir überzeugt, daß die im Landtag verbleibenden Genossen dem Prinzipie nie etwas vergeben werden, aber die parlamentarische Behandlung einer Reihe wichtiger Fragen, so z. B. der Budgetbehandlung, gewisser gesetzgeberischer Fragen etc., die schon jetzt die volle Kraft der wichtigsten unserer Leute im Landtag erfordern, dürfte künftig sehr viel mehr Schwierigkeit bereiten, zumal unter der kompakten Mehrheit eines Mehnert, Schill und andere, die sich unter dem neuen Wahlsystem hoffentlich stören wird, sowie unter der ungleichmäßigen, empörenden Geschäftsführung eines Ackermann. Die wichtigsten Aufgaben unserer Genossen sind jetzt auf zehn bis zwölf Schultern zur Erledigung verlost, künftig stehen uns nur wenige und zwar meist parlamentarisch ungeschulte Kräfte zur Verfügung und das „Einrichten“ ist schwer. Ein niederräckendes Gefühl muß ferner bei den verbleibenden Genossen bei dem Gedanken platzen, daß sie auf Ablösung in der Kammer sitzen und in dem sicheren Bewußtsein, keinen Nutzen zu erhalten und allmählich auszusterben, wie die Fische in einem giftig gewordenen Wasser. Die Aktionskraft wird durch derlei psychische Eindrücke erfahrungsgemäß nicht gestärkt und das Pflichtgefühl, das Bewußtsein, ausharren zu müssen bis zum letzten Termint auf dem verlorenen Posten, hilft nur schwer über die fatalen Situationen hinweg. Unsere Genossen ziehen unseres Erachtens daher das günstigste Fazit, wenn sie — fünfzehn Mann stark! — ihre Mandate einmütig niedergelegen und mit Ludwig Uhland sagen:

Und könne Ihr Großes nicht erstreben,

So trete in das Volk zurück;

Denn Eure Pflicht gehan zu haben,

Sei Euer lohnend, einzig Glück.

Der Alt der Niederlegung der Mandate als Protest gegen die Wahlentziehung der Arbeiterklasse kann nur von Erfolg sein, wenn sämtliche fünfzehn niederlegen, er muß in der Landesversammlung erfolgen bzw. angekündigt werden, soll er einen Effekt haben. Der gemeinsame Alt der Mandatsniederlegung allein vermag ein weiteres Interesse zu erwecken; neu in der Geschichte Sachsen, neu in der Geschichte Deutschlands, kann er als ein geschichtlicher Alt wirken und zugleich als Protest gegen die Vergewaltigung der sozialistischen Partei in einem der hochentwickeltesten Länder Europas.

Mit der Niederlegung der Mandate bricht die sächsische Sozialdemokratie mit der bisherigen Taktik unter dem direkten Suffizienzwahlrecht und hat sich einer neuen zugewandt. Mit dem Verlust des direkten Arbeiterwahlrechts, der dessen Träger zu untergeordneten Nebenfiguren bei der Wahl verurteilt, sei auch das Erlöschen der Mandate auf Grund des direkten

Dieser Bauern waren unter die Thüren getreten, um Fata durchprügeln zu sehen; denn, zur Schande unserer armen Menschheit sei es gesagt, nichts ist dramatischer als ein Mensch, der mißhandelt wird.

Meine Herren, rief Fata, ich stelle mich unter Ihren Schutz!

Aber kein Mensch rührte sich von der Stelle; denn Herr Minxit hatte durch die Achtung, in welcher er stand, unfehlbar das Recht der niederen Gerichtsbarkeit im Dorfe.

Dann rufe ich Sie zu Zeugen der an meiner Person verübten Gewaltthäufigkeiten auf, fuhr Fata fort; ich bin Doktor der Arzneikunde.

Wart! sagte Herr Minxit, ich will stärker draufschlagen, damit diejenigen, welche die Hiebe nicht sehen, sie wenigstens hören können, und damit du dem Amtmann auch Striemen zu zeigen hast. Und wirklich schlug er stärker zu, der grimme Grobian.

Sei ruhig, Minxit, sagte Fata, indem er sich entfernte, du wirst mit Herrn von Clambyses zu ihm bekommen; er wird nicht zugeben, daß man mich mißhandle, weil ich ihn grüße.

Sag deinem Clambyses, rief Herr Minxit, daß ich mich den Teufel um ihn schere, daß mein Haus fest ist als sein Schloß und daß ich sein Mann bin, wenn er mit seinen Leuten ins Feld rücken will.

Erwähnen wir sogleich, um diese Sache abzumachen, daß Fata Herrn Minxit vor Amt fordern ließ, um ihn wegen der an seiner Person verübten Gewaltthat zur Rechenschaft zu ziehen, daß er jedoch keinen Zeugen finden konnte, der die That, beglaubigt hätte, obwohl dieselbe in Gegenwart von mehr als hundert Personen vor sich gegangen war.

Als mein Onkel in Clamech ankam, gab ihm seine

Wahlrechts verbunden. Was die Regierung inkonsequenterweise nicht zum Erlöschen gebracht hat, thue, konsequenter wie diese, unsere Partei: sie breche die Beziehungen mit einer Regierung und einer Kammermehrheit ab, die diese vor den Augen aller Welt bloßstellen. Der Abschluß der Wahlprotestbewegung sei der Abschluß mit der parlamentarischen Vergangenheit unserer Partei im sächsischen Landtag.

Damit haben wir wiederholt ausgedrückt, daß wir von den Wahlen unter dem indirekten Abteilungswahlrecht nichts für unsere Partei erwarten und sich diese bezüglich der Agitation anders einzurichten hat. Ob künftig Wahlbeteiligung oder nicht, ob Mandate oder nicht — die parlamentarische Zeit in Sachsen liegt hinter uns.

Vor uns sehen wir dagegen den ununterbrochenen Kampf um die allgemeinen Volksrechte und die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Dieser Kampf wiegt alle Mandate auf und Regierung und Partei im Lande haben uns durch die Wahlrechtsverschlechterung gezeigt, wo wir künftig zu kämpfen haben. Im Parlament sicher nicht.

Und so hoffen wir denn, daß die Landesversammlung die Beschlüsse fassen wird: erstens, daß mindestens eine Probewahl vorgenommen werde, sowie zweitens, daß die fünfzehn sozialistischen Mandate gleichzeitig und zwar sofort niedergelegt werden.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

B. Berlin, 23. März. Die dritte Sitzung des Staats, mit der heute im Reichstage begonnen wurde, nahm einen bewegteren Verlauf als sonst. Der Anfang zwar ließ sich sehr ruhig an. Der eilig fertiggestellte Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung der Überschüsse aus dem verlorenen Staatsjahr, diese staatsrechtliche Verhüttungsspitze, war mit großer Verachtung gestellt worden, und dies gab dem Grafen von Simburg-Sirum Anstoß zu einer weitsichtigen Verteidigung der preußischen Finanzwirtschaft des Herrn Wiquel, die er in Gegenjahr zur Reichsfinanzverwaltung stellte. Dr. Barth drückte auf den Knopf der Währungsfrage und der Polizei in der Silberwährungsmünze, Herr v. Kettner sprang hervor. Erst beim Entwurf des Reichsamts des Innern sah eine längere Debatte ein. Auf eine Anfrage des christlich-sozialen Professors Hüyden gab Herr von Voelcker die trostlose Versicherung ab, daß die herrliche lex Heinze, von der man so lange nichts gehört hat, nicht gestorben sei; im Gegenteil, sie werde in einer weniger mit Arbeit überlasteten Session, wie diese es ist, wieder zum Vorschein kommen. Weniger entschlossen als zum Kampf gegen die „Unsittlichkeit“ mit der Polizeisuchel, ist der Bundesrat in der Frage der Verleihung der Korporationsrechte an die Fachvereine der Arbeiter. Sie hat ihn nach der Versicherung des Ministers überhaupt noch nicht beschäftigt, da der Bundesrat in der glücklichen Lage ist, sich nur mit solchen Angelegenheiten zu befassen, die in der Form eines Antrags an ihn herantreten. Dagegen ist die Frage im preußischen Staatsministerium gestreift worden, als es die Quadratur des Kreises studierte, die Aufgabe nämlich, das preußische Vereinsgesetz noch reaktionär zu gestalten, als es schon ist.

Genosse Meyer tadelte die mangelhafte Ausbildung der Auswanderungsschiffe mit Mannschaften, besprach die Verwendung von Chinesen und Malayen auf deutschen Schiffen und beleuchtete die Inspektion der Schiffe durch den Reichskommissar. Das famose Telegramm eines solchen Beamten an den Kapitän der Havel, das seine Ankunft vorher anzeigen sollte, wurde natürlich von unserem Redner erwähnt. Minister von Voelcker berief sich wie immer auf „amtliche Bahlen“, um die Angaben Meyers zu widerlegen. Für das Telegramm des Reichskommissars fand er die harmlose Erklärung, daß dieser im Interesse des Dienstes, um Bootsmann über abhalten lassen zu können, seine Ankunft vorher angezeigt habe. Beim Kapitel Reichsversicherungsamt hatte Herr Noeske die Angreife zu widerlegen versucht, die unsere Abgeordneten Molkenbuhr und Stadthagen bei der zweiten Sitzung gegen bestimmte Brangs-Heilaufstände der Berufsgenossenschaften gerichtet hatten. Es wäre eine Pflicht des Staates gewesen, ihnen das Wort zur Verteidigung gegen Noeskes Behauptungen zu geben. Die Majorität aber beschloß Schlüß der Debatte.

Die Hauptfrage bei der heutigen Verhandlung kam zum Schluß. Die Rechte wollte ihre Macht haben für die Veröffent-

Schwester einen Brief mit dem Pariser Poststempel verlesen und folgenden Inhalts:

„Herr Mathery!

Ich weiß aus guter Quelle, daß Sie Fräulein Minxit heiraten wollen; ich verbiete es Ihnen ausdrücklich.

— Comte von Brüdenbruch.“

Mein Onkel ließ sich von Kaspar einen Bogen Großfanzleiformat holen, er nahm Weißkunzens Tintenzug und antwortete sogleich auf diesen Schreibbrief!

„Herr Comte!

Sie können mich — — — Genehmigen Sie die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein.

— Ihr ergebener und gehorsamer Diener

— B. Mathery.“

Welche Erlaubnis wollte mein Onkel dem Comte ertheilen? ich weiß es nicht; meine Versuche, das Geheimnis dieser Zurückhaltung zu durchdringen, blieben fruchtlos; doch hab ich euch wenigstens einen Begriff von der Klarheit, Bestimmtheit und Kraft des Stils beigebracht, der ihm eigen war, sobald er sich die Mühe geben wollte, zu schreiben.

Mein Onkel hatte indessen nicht verzichtet auf seine Nachtpläne, davon war er weit entfernt. Folgenden Freitag, nachdem er seine Kranken besucht, ließ er seinen Degen schleifen und zog Weißkunzens Lieberrock auf seinen roten Rock an. Da er seinen Kopf weder opfern wollte, noch in die Tasche stecken konnte, verbarg er ihn unter einer alten Perücke und zog, so verkleidet, aus, um seinem Marquis aufzupassen.

(Fortsetzung folgt.)

richtung der Hammerstein- und des Scheiterhaufenbriefes im Vorwärts, für die vernichtende Niederlage, die die Sozialdemokratische Männer wie Peters. Leist und Bebel bereitet hat. Die Handhabe dazu bot sich ihr in der Veröffentlichung des falschen Guadenerlasses durch den Vorwärts am 17. Jan. und die Verurteilung der drei Arbeiter wegen angeblichen Diebstahls, die das Altenstück dem Vorwärts übermittelt hatten. Sie begnügte sich aber zunächst damit, durch Herrn von Massow die Anregung zu einem Schlusstreiten gegen die Sozialdemokratie zu geben. Der Kriegsminister hatte den Vorwurf. In welcher Weise er seine Aufgabe löste, finden unsere Leser im Bericht. Sie finden auch die Antwort, die Liebknecht und Bebel ihn und allen anderen Angreifern, den Herren von Stumm und von Limburg-Stirn zu teilen werden ließen.

Die Worte, die dabei gesprochen wurden, werden sich in das Gedächtnis der Arbeiter eingraben, und wir werden nicht den Schaden davon haben. Von allen Versuchen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, ist derjenige, der sie als eine Verteidigerin des Diebstahls, der Hohlerlei und der Unterdrückung, als eine Schule für Verbrecher hinstellen will, der aussichtsloseste.

Morgen wird die dritte Sitzung des Staats zu Ende geführt werden und die Osterferien können beginnen.

* Berlin, 24. März. Die Kanalparlamentarier, die an die Nordostseekanalseite die Reise um Stagen auf Schiffen des Norddeutschen Lloyds angeschlossen haben, sind von Herrn Spahn aufgefordert worden, die "Frage anzuregen, ob nicht die Teilnehmer an dieser Fahrt den beiden Schiffen Kaiser Wilhelm und Traue ein Zeichen der Erinnerung widmen sollen und wollen. Als solches dürfte sich eine Schale oder Statue aus Bronze für jedes Schiff eignen, der eine Dedikation einzugravieren wäre. Der Kostenpunkt würde sich in mäßigen Grenzen bewegen". Vielleicht wird auf die Schale das berühmte Telegramm des Reichskommissars und auf das Piedestal der Statue die Verlustliste der Elbe eingraviert! —

Wie der Freisinnige Zeitung aus London geschrieben wird, ist der in den Reichstagsverhandlungen von Bebel citierte Brief von Dr. Peters nicht an den Bischof Tucker von der Church Missionary Society gerichtet, sondern an den Bischof Smithie von der Universities Mission. Peters benutzte diesen Rechthum, um die Leute glauben zu machen, er habe überhaupt nicht an einen Bischof geschrieben. —

Gegen Hammerstein ist die Hauptverhandlung über den ursprünglich in Aussicht genommenen Termin hinausgeschoben, da dem Angeklagten eine Nachfrist von zehn Tagen zur Erklärung auf die Anklage gewährt worden ist. Der Termin wird schließlich in der zweiten Hälfte des Monats April zu erwarten sein. Neben dem Rechtsanwalt Danhow I wird auf Seite des Angeklagten auch der antisemitische Rechtsanwalt Dr. Schmidt die Verteidigung führen. —

Wie ein Parlamentsberichterstatter meldet, hat die Zentrumsfaktion des Reichstages in eingehender Beratung ihre Stellung zum Zuckersteuergesetz festgelegt und namentlich in drei Hauptpunkten zusammengefaßt. Zunächst hatte sie sich einstimmig dahin entschieden, das Gesamtcontingent für das Betriebsjahr 1896/97 auf 14 Millionen Doppelcentner, wie die Vorlage wollte, während die Kommission nach dem Antrage Putzamer-Plant 17 Mill. Doppelcentner beschlossen hatte, festzustellen, die Exportprämie mit 1 Mt. 85 Pf. zu verlangen und die in erster Beugung abgeschaffte Betriebssteuer aufrecht zu erhalten, eventuell sollte die Exportprämie und die Betriebssteuer auf 2 Mt. erhöht werden. —

Wie das Berliner Tageblatt wissen will, sind die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Japan bereits so weit vorgeschritten, daß in den allernächsten Tagen die Unterzeichnung der Abmachungen zu erwarten steht. —

Das sogenannte ehrengerichtliche Verfahren in der Angelegenheit des Ceremoniemeisters v. Rohe hat nunmehr seinen Abschluß gefunden. Wie verschiedene Blätter erfahren, lautet die laufende Entscheidung auf „Warning“. —

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei beschloß, im Herbst einen allgemeinen Delegiertentag einzuberufen. Der wirkliche Studdelnduddel von wilden Agrarien, rassistischen Schutzzöllnern, Antisemiten und schlaffen Geldsackliberalen, genannt nationalliberale Partei, ist ein Musterbild der Beschränktheit und des Verfalls.

Die Deutsche Bank, eine der ersten Emissionsbanken, hat für das Geschäftsjahr 1895 eine Dividende von zehn Prozent verteilt. Die Tantieme an den Aussichtsrat, der aus achtzehn Mitgliedern besteht, darunter der weitaus freisinnige Reichsabgeordnete Schröder, betrug 583 523,88 Mt.; auf den Kopf jedes solchen Aussichtsratsmitglieds entfiel also für die nichts weniger als aufrreibende „Thätigkeit“ ein Betrag von 22 417 Mt. Die Tantieme der Direktoren und anderen Beamten betrug 1 087 269,10 Mt. Die Hochfinanz kann mit solchen „Entbehrungslöhnen“ wohl zufrieden sein.

Der bayerische Finanzminister von Niedel hat im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer folgende Erklärung über die Zuckersteuervorlage abgegeben: Zur Zuckersteuer ist die bayerische Regierung der Ansicht, daß die Lage der hochentwickelten Zuckerindustrie Berücksichtigung auch in süddeutschem Interesse erfordere. Es erinnere an den lebhaften Verkehr zwischen Landwirtschaft und Zuckerindustrie. Ein Sinken der Viehpreise wäre wenig erfreulich. Die vorgeschlagenen Sätze halte die Regierung für zu hoch und bei aller Überwilligkeit habe sie sich dagegen erklären müssen. Es sei abzuwarten, wie sich die Sache weiter entwickle. Dem vorliegenden Entwurf könne die Regierung nicht zustimmen.

Dortmund, 23. März. Die Einführung einer Biersteuer wurde heute zum wiederholten Male von der großen Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt.

S. Mainz, 22. März. Gestern stand in der Stadtverordnetensitzung die Beratung des städtischen Haushaltes für das kommende Budgetjahr und hierzu beantragten unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium, die aus der städtischen Kasse, dem sog. Ostro auf Lebensmittel und Brennstoffmaterialien, die bei Eingang der betreffenden Ware in die Stadt erhoben wird, als eine aus einer Kopfsteuern herührende ungerechte Einnahme zu streichen und den Ausfall in der städtischen Einnahme durch Erhöhung der direkten Steuer zu ergänzen. Mit wohldenkendsten Gründen lehnte die Versammlung mit überwältigender Mehrheit den Antrag ab, für den außer unseren Genossen auch einige fortgeschrittene bürgerliche Stadtverordnete stimmen.

Breslau, 22. März. Gestern hatte sich der bisherige verantwortliche Redakteur der Volkswacht, Genosse Neukirch, vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten wegen angeblicher Beleidigung der reichsländischen Polizei, begangen in einer Kritik der Ausweisung des Postamentes Almäler, der die Organisation der Mühlhäuser Textilarbeiter leitete und sich dadurch den Hass der Herren Fabrikanten zuzog. Er mußte daher, weil er Schweizer war, auf Anordnung der reichsländischen Polizei Elsch-Woerth verlassen. Das Breslauer Landgericht konnte in der ironisch gehaltenen Kritik dieser Maßnahme durch die Volkswacht eine Beleidigung nicht finden und sprach den Angeklagten Neukirch kostlos frei.

Oesterreich-Ungarn.

Der preußische Kultusminister im Reichsrat.

Wien, 23. März. Die deutschnationalen Antisemiten Haas und Döb interpellierten am Sitzungsschluß den Ministerpräsidenten wegen der Neuerung des Kultusministers Bosse im Landtag, daß der aggressive Polonismus in Galizien sein Hauptagitationsszentrum habe; das sei ein „Vorwurf, der besagt, daß die Ruhe des mit Oesterreich verbündeten Staates von einem österreichischen Kronlande aus gestört werde.“ Die Intervallanten fragten Badeni, ob er vom erwähnten Ausführungen Kenntnis habe und dem Hause beruhigende Ausklärungen geben wolle und könne.

Schweiz.

Internationaler Bauernbund. — Bauernstreit.

Zürich, 21. März. Der in Zürich erscheinende Bauernbund, das Organ des Zürcher Bauernbundes, macht folgenden interessanten Vorschlag: „Es sind schon in einigen Ländern Bauernbünde entstanden, und es dürfte daher die Zeit nicht mehr fern sein, wo sich diese Bauernbünde zu einem großen internationalen Bunde vereinigen würden; gleich wie sich die Arbeiterpartei verbunden und wie sich das Kapital gegenseitig unterstützt und hilft, müssen sich notgedrungen auch die Bauern zu helfen suchen, wenn die Verhältnisse für sie sich nicht günstiger gestalten. Unter solchen Umständen wäre denn ein Bauernstreit mit siegreichem Ausgang möglich.“

Man sieht, die goldene und die rote Internationale machen Schule. Eine Bundschuhinternationale! Falal mag es zwar unseren deutschen, von Patriotismus triebenden „Bauern“ sein, so direkt auf die Sozialdemokratie als Vorbild hingewiesen zu sehen. Ist doch, wie sie täglich versichern, der Internationalismus der Sozialdemokratie nichts als schändliche Vaterlandslosigkeit. Aber wie sagt Herr Schönstedt? „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht das Gleiche.“ — Und nun gar ein Generalbauernstreit? Wahrhaftig, der „harte Bauernschädel“ postet sich sehr rasch den modernen Ideen an.

Belgien.

Die kommenden Kammer- und Senatswahlen.

Brüssel, 22. März. Im Juli dieses Jahres werden in Belgien sehr wichtige Wahlen stattfinden. Die Hälfte der Kammer und des Senats wird erneut werden müssen. Das Los hat angezeigt, welche Hälfte erst in die Wahl kam und der Ausfall ist dabei sehr günstig für die Sozialisten gewesen. Nur ein einziger Sozialist, der Genosse Desmet, ist bei den Abtrenden. Alle anderen Sozialisten für Henegau und Littich bleiben bis 1898. Wohl ist aber dies Jahr die Provinz Brabant dabei, die jetzt durch 18 Klerikale vertreten wird. Der Streit um diese Mandate, der fast der Streit um die Kammerehmehrheit ist, wird heftig werden. Im Jahre 1894 waren die Liberalen mit den Progressiven verbunden und holten dabei gute 70000 Stimmen. Die Sozialisten, die allein kämpften, bekamen 40000. Jetzt werden die Radikalen mit den Sozialisten sich verbinden. Die Brüsseler Abteilung der Arbeiterpartei beschloß mit 220 gegen 64 Stimmen, das angebotene Bündnis anzunehmen. Wenn man rechnet, daß seit 1896 die sogen. Christlich-Demokraten ganz abgethan sind, was in diesem Bezirk eine bedeutende Abschwächung der Klerikalen bedeutet, und daß die sozialistische Propaganda in diesen beiden Jahren energisch betrieben wurde, so ist die Hoffnung unserer Partei nicht grundlos. Wenn die Liberalen nicht mit den Klerikalen eine geldsackfüllende Allianz schließen, so ist die Niederlage der Klerikalen so gut wie sicher. Aber diese Allianz wird sich wohl machen! Außer Brüssel hoffen unsere Genossen noch Nivelles zu erobern. Die Klerikale Mehrheit, die außerdem durch innerlichen Zrost schon abgeschwächt ist, läuft jedenfalls große Gefahr. Bei diesen Umständen wundert es nicht, daß die belgischen Genossen diesem Wahlkampf mit Spannung entgegensehen.

Dänemark.

Konsolidierung?

In Dänemark ist wieder ein Budgetkonflikt ausgebrochen. Die erste und die zweite Kammer können sich nicht einigen. Das Folketing hat der Regierung einen Teil der Militärforderungen gestrichen, gegen ihren Widerstand die Verstaatlichung der Dampferlinie von Eßberg nach England und die Verpflichtung der offiziellen privilegierten Zeitung Berlingske Tidende zu einer Abgabe aus ihren Einnahmen den Staat beschlossen. Der Budgetausschuß des Landstings sprach sich in allen Streitpunkten zu Gunsten der Regierung aus und das Plenum will an diesem Standpunkt festhalten. Nach der zweiten Abstimmung soll dann der Versuch gemacht werden, in einem gemeinsamen Ausschuß beider Kammern eine Einigung zu erzielen. Gelingt dies nicht, so bleibt nur der Erlass eines provisorischen Finanzgesetzes — nach neunjährigem bewährtem österreichischen Muster —, d. h. also ein Regieren ohne Budget, oder ein zweimonatliches Provisorium übrig.

Frankreich.

Paris, 22. März. Der erste Tag der Einkommenssteuerdebatte hat ein oratorisches Duell zwischen Genossen Jaurès und dem Verfechter der Großbourgeoisie, Léon Say gebracht. Auf dem Boden der Steuerdebatte wurde von den Debattenten der Kampf für und wider den sozialen Fortschritt, für und wider die Machtdistribution der Bourgeoisie in der Republik geführt. Und wie ungleich waren die Waffen! Der Vorkämpfer des Sozialismus mit dem feurigen, hinreißenden Worte, eingegeben von einer unerschütterlichen, auf wissenschaftlicher Erkenntnis und dem Drange nach Gerechtigkeit beruhenden Überzeugung, hatte sich mit einem Gegner zu messen, dessen stärkste Seite im gemütlchen Wihemachen besteht und der die Sache der Satten und Mächtigen mit heuchlerischen Argumenten, sophistischem Blendwerk und abgedroschenen Ausfällen gegen den Sozialismus verteidigt. — Aus Jaurès' meisterhafter, formvollendetem Rede, die, wie immer, die Ausmerksamkeit der Kammer fesselte, sind namentlich die Ausführungen in Bezug

auf die Stellung der Sozialisten zur Steuerreform hervorgehoben. Als ersten Triumph gegen die Reform spielen die Geldsackpolitiker die Unterstützung derselben durch die Sozialisten aus. Jaurès weiß nun nach, daß nur Unwissenheit oder Parteiberechnung hinter der Ansicht steckt, wonach die progressive Einkommensteuer den Sozialismus anbahne. Die Grundlage der bestehenden Gesellschaft, das Privateigentum an den Produktions-, Austausch- und Verkehrsmiteln, kann durch keine Einkommensteuer berührt werden. Nach wie vor der Einkommensteuer werden alle Schönheiten der kapitalistischen Gesellschaft; die Arbeitslosigkeit, die industrielle Reservewarmee, die periodischen Krisen, die Massenarmut vorbestehen. Dem Entwicklungsgesetz getreu, denken die Sozialisten nicht daran, im Rahmen der herrschenden Ordnung die Triebfedern der kapitalistischen Produktion durch die progressive Einkommensteuer zu tören. Die soziale Ungleichheit ist durch ganz andere Mittel zu beseitigen. Die Sozialisten werden nicht in den Fehler der Republikaner von 1848 verfallen, die die kapitalistische Gesellschaft ausschreckten, bevor sie im stande waren, dieselbe zu erobern. Die Sozialisten sind für die Steuerreform nur deshalb, weil sie die Ungleichheit vor dem Fiskus, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, beseitigt. Die Reform entlastet vornehmlich die bürgerliche Bevölkerung. Darüber können die von der Budgetkommission provozierten Proteste der landwirtschaftlichen Vereine niemand hinwegtäuschen. In diesen Vereinen führen die Großgrundbesitzer das große Wort. „Opportunisten und Monarchisten! Wagt doch, dem Bauer die Steuerlast wieder aufzuzwingen, von der wir ihn befreien wollen! Die bürgerliche Masse, bisher unbeweglich oder schwankend, wird sich dann uns anschließen.“ Und wer ist schuld daran, daß die Steuerreform nur mit sozialistischer Hilfe zu stande kommen kann? Die bürgerlichen Republikaner selbst, die ihre ehemaligen Grundsätze verloren haben, ja ihr noch während der letzten Wahlen gegebene Wort brechen.... In parteipolitischer Beziehung deutet Jaurès mit keiner Ironie das Doppelspiel der Budgetkommission auf, die eigentlich eine Ministerialgruppe ist, die in der Steuerreform das demokratische Kabinett treffen will. Die Ordnungsleute sehnen sich nach der Wiedererlangung der Macht. Sie verlernen aber, wie gewaltig die Situation sich verändert hat. Die demokratische Strömung ist in ganz Frankreich im Steigen begriffen. „Was auch elende politische Machenschaften uns bringen mögen,“ schließt der Redner unter dem andauernden Beifall der gesamten Linken, „ich fordere Euch (an das Centrum gewandt) heraus, auch nur einen Tag, eine Stunde gegen die Demokratie zu regieren!“ — Die äußerste Linke, Sozialisten und sozialistische Radikale, bereite ihrem Führer eine geisternde Ovation, nachdem dieser die Tribüne verlassen. Der Begüßungswunsch des sozialistischen Redners schließt sich auch, zum Bestreben der Opportunisten und wohl auch seiner Kollegen — der Minister des Innern, der alte Verhetzer, an, der die Ministerbank verläßt, um Jaurès die Hand zu drücken.

Prozeß Dupas.

In Paris hat gestern die Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Polizeiagenten Dupas, der angeklagt ist, Amtsgeheimnisse verletzt und die Ergreifung Artons hintertrieben zu haben, begonnen. Gegen den Abgeordneten Royné schwebt wegen Mordes dasselbe Verfahren. Dupas hielt bei seinem Verhör die Behauptung aufrecht, er habe niemals den Befehl erhalten, Arton zu verbauen. Ribot, der als Zeuge citiert ist, versichert, er habe, als er Minister des Innern war, den formellen Befehl gegeben, Arton zu verhaften.

Italien.

Palermo, 23. März. Bei der Ankunft des amnestierten Sozialisten Bosco fanden großartige Kundgebungen statt. Zweihundert illuminierte Bogen führten dem Dampfer entgegen, dreihundert Menschen warteten am Quai. Bosco wurde von der jubelnden Menge im Triumph herumgetragen. So quilliert das Volk über die Unthalten Crispis.

Spanien.

Wie es gemacht wird.

Madrid, 22. März. Die Ausgaben des spanischen Schatzamts für den cubanischen Feldzug betrugen während acht Monaten 27 Millionen mehr als die Ausweise angaben. Der Unterschied wurde einfach verheimlicht.

Portugal.

Lissabon, 23. März. Der Handelsvertrag zwischen Portugal und den Niederlanden wurde von der Deputiertenkammer angenommen.

Großbritannien.

London, 23. März. Das Unterhaus nahm nach achtstündigiger Beratung mit 244 gegen 95 Stimmen die zweite Lösung des Viehschutz-Gesetzes an, die das Schlachten des vom Auslande eingeführten Viehs im Landungshäfen dauernd bestimmt.

Nordamerika.

Cubanisches.

Washington, 23. März. Der Senat nahm ohne Abstimmung einen Antrag Sherman an, dagegen, den auf Cuba bezüglichen Beschuß an eine gemeinsame Kommission zu verweisen. Wills brachte einen gemeinschaftlichen Beschlusshandtag ein, wodurch der Präsident angewiesen werden soll, Spanien zu ersuchen, der Insel Cuba eine lokale Autonomie (Selbstverwaltung) zu geben. Für den Fall, daß Spanien dies Eruchen zurückweist, soll der Präsident ermächtigt sein, Cuba mit Land- und Seetruppen zu diesem Zweck in Besitz zu nehmen und diese Inselzinsen so lange aufrecht zu erhalten, bis Cuba eine lokale Autonomie einrichten kann. Blatt brachte einen Beschlusshandtag ein, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, der Präsident werde in freundschaftlichem Sinne bei Spanien dahin wirken, daß der Insel Cuba eine freie und unabhängige republikanische Regierung gesichert werde.

Afrika.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Kimberley (Kapland) unter dem 19. ds. Ms. folgendes gemeldet: In der Untersuchungssache gegen Gordon Williams, den Geschäftsführer des Cecil Rhodes'schen Debeers-Compagny, sagte ein Polizeioffizier aus, er habe in den Werkstätten der Debeers-Compagny 313 Repetiergewehre, 588 600 Patronen und 1950 Bajonetts vorgefunden. Die Verhandlung wurde auf den 2. April vertagt.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zu Nr. 69 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag 24. März 1896.

Reichstag.

67. Sitzung vom 23. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, von Bötticher, Graf Posadowsky.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf wegen Verwendung überschüssiger Reichsschulden zur Schuldentilgung, (Entsprechend dem Antrag Bieber.) Danach werden aus dem laufenden Staatsjahr 18 Millionen Mark aus dem nächsten Staatsjahr die Hälfte der Überschüsse zur Schuldenabwendung verwandt. Der Antrag Bieber wollte aus dem Jahre 1894–95 einen Überschuss von 12 683 180 M. zur Schuldenabwendung verwenden.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Uebung des Reichshaushalts-Stats für 1896–97.

Abg. Graf Limburg-Stirum (dl.): Eine Übersicht über die Finanzverhältnisse findet am besten bei der dritten Uebung statt, weil dann der Staat feststeht. Ich spreche vom Standpunkt eines Mitgliedes des größten Partikularlandtages. Die Reichsfinanzen beeinflussen die Finanzen der Einzelstaaten in erheblichem Maße. Der Gesichtspunkt, daß aus den Reichsfinanzquellen der indirekten Steuern den Einzelstaaten Überweisungen zustreuen sollen, ist vollständig verlassen worden, die Reichsfinanzreform ist abgelehnt worden; es ist sogar abgelehnt der befriedende Mensch, daß die Überweisungen und die Matrikularbeiträte sich ausgleichen. Man geht mit den Geldern des Reiches nicht so haushälterisch um, wie in den Einzelstaaten. Ein Vergleich zeigt, wie opulent im Reich gewirtschaftet wird; das liegt an der ganzen Organisation der Dinge; es fehlt an einer starken Finanzkontrolle und an einem entschlossenen Komplexe, sparsam zu sein. Die Reichs-Finanzverwaltung hat keine Machtausübung gegenüber den anderen Ressorts; selbst der wichtigste Reichskanzler, auch wenn er ein jüngerer Mann wäre, würde da nichts ausrichten können. Wie opulent bei der Marine gewirtschaftet wird, wissen Sie alle. Es kommen noch Liebhäbereien hinzu. Ebenso geht es bei der Postverwaltung, und auch im Reichsamt des Innern scheint der Grundsatz: „Leben und leben lassen“ zu herrschen. Es besteht kein Zwang zur Sparsamkeit im Reiche, weil das Reich niemals ein Defizit haben kann.“ Um so strenger muß der Reichstag darauf halten, daß eine Ausneindersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten stattfindet. Nur dann wird die Finanzverwaltung einen Einfluß auf die einzelnen Ressorts haben.

Ich will nicht davon sprechen, daß der Landwirtschaft nicht geholfen worden ist, daß die großen Mittel zurückgewiesen worden sind. Auch die kleinen Mittel werden nicht angewendet. Als wir im Abgeordnetenhaus über die Verfehlung des Reichstages in Oberschlesien sprachen, da hatten wir das Gefühl, daß dabei Rücksichten auf das Ausland genommen wurden, auf Russland. Man ist wohl bereit, für die Landwirtschaft etwas zu thun, wo sie allein in Frage kommt, aber nicht, wo das Interesse der Landwirtschaft konkurriert mit den Interessen der Industrie und des Handels. (Beifall rechts.) Man betrachtet uns, die wir die Interessen der Landwirtschaft vertreten, als unbedeutende Männer, als Agitatoren. Man wird vielleicht so spät einschauen, daß man unsere Mahnung zu Unrecht in den Wind geschlagen hat. (Beifall rechts.)

Präsident v. Buol! Da der Vorredner die neue Vorlage schon in die Debatte gezogen hat, so mache ich den Vorschlag, daß wir die erste Uebung derselben mit dieser Generaldebatte verbinden. Da sich kein Widerspruch erhebt, steht der Entwurf zur Beratung.

Abg. Barth (frs. Bg.) empfiehlt zunächst, den Entwurf nicht an eine Kommission zu verweisen. Bei dem Gehalt des Reichskanzlers hat derselbe eine Erklärung über die Währungsfrage abgegeben, welche uns Monometallisten vollständig befriedigen könnte. Seit den damaligen Verhandlungen hat sich ein Vorhang voltrogen, der zur Beurtheilung dieser Frage vom 17. März im englischen Unterhause und die Erklärung der englischen Regierung bei dieser Gelegenheit. Durch die Presse ging die Mitteilung, daß die Bimetallisten eine kombinierte Aktion beanspruchten in Paris, Berlin und London. Alle Hoffnungen, welche an diese Aktion gefügt wurden, sind am 17. März gründlich zu schanden geworden. Es mußte schon auffallen, daß eine so lauwarme Resolution vorgeschlagen wurde. Als die Resolution als eine bimetallistische gedeutet wurde, erhob sich der englische Schatzkanzler Sir Beacham und gab für das gesammte Kabinett eine Erklärung ab (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Rennen wir!), welche jede Änderung der Goldwährung verwirft, er schloß sie damit, daß auch keine spätere Regierung von der Goldwährung ablassen könne. Danach ist der Gedanke, daß England zum Bimetallismus übergehen könnte, vollständig aufgegeben. Es ist deshalb erfreulich, daß die verbündeten Regierungen sich nicht dazu verstanden haben, eine internationale Währungskonferenz vorzubereiten, denn sie hätten sich eine blutige Niederlage geholt. Wir haben inzwischen einen Antrag bekommen, der denselben Inhalt hat wie die englische Resolution. Der Antrag hat nur noch 145 Unterschriften, während er früher angekommen wurde. Hätten die Herren eine Ahnung von dem Verhalten der Engländer gehabt, so wären nur ein paar Dutzend Unterschriften übrig geblieben sein. Die Engländer haben in ihrem gefundenen Egoismus erklärt, wir deuten nicht an die Änderung der Goldwährung, aber wenn man auf dem Kontinenten zu solchen Experimenten bereit wäre, so könnten das die anderen Staaten unter sich abmachen. (Weiterheit.)

Schatzkanzler Graf Posadowsky: Ich will nicht auf eine Währungsdebatte eingehen. Da der Gesetzentwurf über die Schuldenabwendung zur ersten Beratung gestellt ist, halte ich mich verpflichtet, ihm einige Worte auf den Weg zu geben. Die Motive zu dieser Vorlage ergeben sich aus den Verhandlungen der letzten Tage. Die staatsrechtlichen Bedenken der Regierungen werden ja von der Mehrheit des Hauses berücksichtigt, und es wird die Sache in einem besonderen Gesetz erledigt werden. Ein sachliches Bedenken besteht darin, daß die Verwendung der Überweisungen zur Schuldentlastung nicht stattfinden könne, solange die Einzelstaaten nicht gesichert sind vor weiteren Ansprüchen des Reiches. Dieses Bedenken hat der Bundesrat fallen lassen unter der Voraussetzung, daß damit der erste Schritt gethan ist für eine Regelung der Verhältnisse des Reiches zu den Einzelstaaten, daß also der Grundgedanke der Reichsfinanzreform zum Durchbruch kommt, daß die Einzelstaaten gestützt sind gegen Ansprüche des Reiches. Selbst um den Preis eines friedlichen Ausgleichs würden die verbündeten Regierungen den Entwurf nicht vorgelegt haben. Es unterscheidet sich von dem Beschuß des Hauses dadurch, daß der Rückgriff auf das Jahr 1894–95 wegfallen ist, womit ja auch Redner des Zentrums am Sonnabend einverstanden waren.

Abg. Bachem (B.): Die Vorlage der Regierung bedeutete eine Entgegenkommen, aber auch der Reichstag beweist ein Entgegenkommen, wenn er derselben zustimmt, denn er verzichtet dann auf die Verwendung der Überschüsse von 1894–95 für die Schuldentlastung. Die Voraussetzung, welche der Vorredner bei der Vorlage machte, hat weder in der Überschrift noch im Text des Gesetzes Ausdruck gefunden. Wir können daher nur das Gesetz als solches an-

nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir legen uns damit nicht fest, wozu wir auch garnicht in der Lage sein würden. Graf Limburg hat die Finanzwirtschaft des Reichstages scharf getadelt. Bei der gegenwärtigen Geschäftslage will ich diese einseitige Auffassung nicht vollständig widerlegen. Die Thätigkeit des Reichstages auf dem finanziellen Gebiete im vorigen und im vorvorigen Jahre hat lebhaftesten Beifall im Volke gefunden; denn es ist uns gelungen, ohne neue Steuern auszutreten. (Sehr richtig! links.) 1897 und 1898 hatte der Gedanke, daß der Reichstag nicht sparsam sein kann, wohl Verbreitung finden können. Wie die neue Vorlage eine Spielerei mit Zahlen sein soll, verstehe ich nicht; sie vermindert doch die Reichsschulden um 28 Millionen. Diese Meinung hat Graf Limburg wohl bloß fassen können, weil er sich mehr mit dem preußischen als mit dem Reichsstaat beschäftigt hat.

Abg. v. Kardorff (Ap.): Wer der heute eingebrachten Vorlage zustimmt, der bindet sich allerdings nicht für die Finanzreform. Allein der Vorredner wird uns nicht hindern können, daß wir in dem Antrag Bieber ein Symptom dafür sehen, daß endlich noch einmal eine Regelung des Verhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten stattfindet. Herr Barth will ich recht darin geben, daß der Verlauf der Dinge in England uns Bimetallisten eine große Entwicklung gebracht hat. Wenn die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Zustände fortduern, dann gehen wir einer trüben Zeit entgegen und die Regierung wird sich vielleicht darüber erinnern, welche seinerzeit gewarnt haben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Hammacher (nat.): Es gibt unter den Monometallisten auch Männer, welche die Interessen der Landwirtschaft vertreten ebenso wie die des Handels und der Industrie. Der Vorredner behauptet, daß die Doppelwährung die Preise hebbe würde. Das ist eine vollständig unerwiesene Behauptung. (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Das hat Bamberg selbst zugestanden.) Im Bundesrat sind wir dankbar für das heute vorgelegte Gesetz. Damit sind wir aus einer schwierigen Lage freigezogen. Daß die Überschüsse des Jahres 1894–95 nicht zur Schuldentlastung verwendet werden, ist eine Verbesserung des Antrages Bieber, denn es wäre ein Unrecht gegenüber den Einzelstaaten, welche auf diese Überschüsse bei Aussicht ihrer Staats für 1898/97 gerechnet haben, sie für das Reich zu verwenden.

Abg. Richter: Der Antrag Bieber war nicht ein Symptom für das Durchdringen des Gedankens der Reichsfinanzreform, sondern ein Widerspruch gegen jede automatische Regelung dieses Verhältnisses. Die Voraussetzung des Schatzsekretärs bindet den Reichstag nicht.

England ist durch den Freihandel nicht geschädigt worden. Der englische Minister sprach nicht von den Bankiers als den Kapitalisten, sondern von den Sachverständigen, welche sich nicht für die Doppelwährung entscheiden können. Balfour's Rede war eine theoretische Entschuldigungrede. Die Doppelwährung hat Schiffbruch gelitten, das man die Hoffnung jetzt nur auf Russland setzt. (Weiterheit.) Verschonen Sie uns also mit Währungsdebatten!

Abg. v. Kardorff: Die Herren berücksichtigen nicht die eigenhändliche Lage, in welcher sich England befindet. England hat durch Schließung der indischen Münzstätten die Silberwährung beeinträchtigt. England hat Frankreich gegenüber erwartet, daß es die indischen Münzstätten wieder eröffnen will.

Abg. Richter (frs. Bg.): Was der Minister in England anführte, sind die Symptome steigender Wohlhabenheit.

Direktor Mayer widerstreift dem Antrage, welchen Abg. Bieber (B.) dringend empfiehlt.

Der Antrag des Prinzen Arenberg wird nach weiterer unweiterlicher Debatte angenommen.

Beim Reichstag des Innern verweist

Abg. Höpken (christlich-sozial) darauf, daß von allen Seiten anerkannt sei, daß die Arbeiterinnen einen stärkeren Schutz haben müssen gegen die Arbeitgeber, welche ihre Stellung zu unsittlichen Angrißen benutzen. In der Umsturzkommision sei dieser Gedanke auch verfolgt worden. Die elende Lage der Konfektionsarbeiter ist eine Folge der mangelfähigen Organisation. Die Koalitionsfreiheit werde freilich vielfach angegriffen, z. B. vom Abgeordneten v. Stumm. Redner fragt, ob die Regierung Vorlagen nach beiden Richtungen hin machen wolle, ob sie nämlich der Organisation der Berufsvereine eine freundliche gegenüberstelle, durch welche die Arbeiter von der Sozialdemokratie befreit werden können.

Schatzsekretär von Bötticher: Die verbündeten Regierungen haben die Absicht, welche sie durch die fröhliche Vorlegung der lex Heinze belunden haben, nicht ausgegeben. Bei schmieriger Gelegenheit wird dieser Gesetzentwurf wieder vorgelegt werden. Ueber die Organisation der Berufsvereine hat der Bundesrat noch keine Veranlassung gehabt, zu verhandeln; ich würde also nur meine persönliche Stellung darlegen können.

Abg. v. Stumm: Ich will nicht auf eine ausführliche sozialpolitische Debatte eingehen. Ich habe mich niemals gegen die Koalitionsfreiheit ausgesprochen. Der Abg. Höpken verwechselt Koalitionsfreiheit und Verleihung der Korporationsrechte. Den Vereinen, welche lediglich auf den Streit hinauskommen, will ich keine Korporationsrechte geben. Die Partei, welcher der Abg. Höpken angehört, ist durchaus nicht bestellt, in friedlicher Weise vorzugehen; es gibt Elemente in derselben, die bedenkliche Tendenzen verfolgen. Redner bestätigt, daß der Bundesrat sich über diese Frage noch nicht schlüssig gemacht hat.

Abg. Wurm: Es ist auffallend, daß Herr v. Stumm erst heute sein Herausdrückt und erklärt hat, es gebe auch berechtigte Streiks. Noch vor kurzem jubelte er und seine Freunde dem Minister zu, der meinte, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution. Die Haltung der Regierung und der Gerichte zu den Streiks zeigt zur Genüge die Stimmung der massgebenden Kreise. Ich erinnere nur an das famose Verhalten der Regierung beim Bergarbeiterstreik (Sehr richtig! links) und an das gerichtliche Urtheil über den Streik zu Kottbus. Mit platonischen Liebeserklärungen ist den Arbeitern nicht gedient. Herr v. Stumm entrüstet sich, daß an den Spitzen der Arbeiterkorporationen solche „Volkssouveräne“ stehen. Sollen etwa nur die Volksausbilder das Regiment haben? Das geht doch wirklich nicht. (Sehr gut! links.) In der zweiten Uebung kritisierte ich das Statut des Arbeiter-Ausbildungsfonds der Kaiserlichen Torpedowerkstätte in Friedrichsort. In dem im Reichsbericht der Gewerbe-Inspektoren abgedruckten Statut heißt es wörtlich: „Der Direktor der Torpedowerkstatt läßt nach Bedarf einen oder mehrere Vertreter der Torpedowerkstatt an den Sitzungen und Versammlungen teilnehmen.“ Danach lag mir nichtlein Zweifel vor, daß, da der Direktor die Beamten teilnehmen läßt, er das Recht hat, darüber zu entscheiden, ob Beamte teilnehmen haben oder nicht. Der Arbeiterausschuss steht mir nun zu meiner Freude mit, daß es dem Vorstand freigestanden hat, eine Sitzung anzuberaumen, bei welcher ein Vertreter der Torpedowerkstatt nicht zugelassen

war. Man sieht also nach dieser Richtstellung offenbar dort auch meine Meinung, daß eine Arbeiterausschuss-Sitzung in Gegenwart von Beamten die reine Komödie ist. Möchte dies Beispiel auch in anderen Orten Nachahmung finden!

Schatzsekretär von Bötticher: Das könnte erst geschehen, wenn ihm eine Vorlage gemacht oder ein Antrag des Reichstages unterbreitet worden ist. Das ist bisher nicht geschehen.

Abg. Höpke (B.): Meine Interpellation hätte der Regierung wohl Anlaß geben können, sich über die Frage der Berufsvereine, in bezug auf welche wir eine andere Stellung einnehmen, als Herr v. Stumm, schlüssig zu machen.

Zum Titel der „allgemeinen Fonds“ ist von Mitgliedern des Reichs (Sachsen u. Gen.) der Antrag gestellt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: in den Staat für 1897/98 50 000 M. zur Unterstützung für Handwerkerschulen im deutschen Reichsgebiet einzustellen.

Abg. Sachsen (L.) befürwortet den Antrag.

Abg. Berlin (B.) macht dagegen formale Bedenken geltend, da es sich um Schulen handle, die von den Einzelstaaten unterhalten müssten.

Schatzsekretär v. Bötticher: Das Reich hat schon bisher solche Handwerkerschulen, bei welchen es sich nicht ausschließlich um territoriale Interessen handelt, aus dem dem Reichskanzler zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds unterstützen.

Abg. Merbach (Reichs): Mit recht hat der Herr Schatzsekretär bereits darauf hingewiesen, daß bei den Handwerkerschulen keineswegs nur partikuläre oder territoriale Interessen in betracht kommen.

Abg. Freise bemerkte, daß eine Einschließung zu Gunsten Sachsen die Forderungen auch der Einzelstaaten nach sich ziehen müsse.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt der Titel: Behörden für die Untersuchung von Seefällen.

Abg. Meyer (Soz.): Man hat meine früheren Angaben über die mangelhafte Bevölkerung der Auswandererschiffe des Norddeutschen Lloyd und der Hamburger Packetfahrt-Aktiengesellschaft mit bootsbekundigen Leuten in Zweifel gezogen. Ich bin heute in der Lage, Ihnen meine Angaben aufgrund der mir vorliegenden Bootsrollen stütze als durchaus nicht übertrieben.

Abg. Höpken (B.): Das hat Bamberg selbst zugestanden. Ein Bundesrat sind wir dankbar für das heute vorgelegte Gesetz. Damit sind wir aus einer schwierigen Lage freigezogen. Daß die Überschüsse des Jahres 1894–95 nicht zur Schuldentlastung verwendet werden, ist eine Verbesserung des Antrages Bieber, denn es wäre ein Unrecht gegenüber den Einzelstaaten, welche auf diese Überschüsse bei Aussicht ihrer Staats für 1898/97 gerechnet haben, sie für das Reich zu verwenden.

Abg. Richter (frs. Bg.): Was der Minister in England anführte, sind die Symptome steigender Wohlhabenheit. Damit schließt die Generaldiskussion. Es folgt die Spezialdiskussion. Beim Kolonien beantragen die Abg. Prinz Arenberg und v. Kardorff, die Stelle des ständigen Vertreters des Gouverneurs als künftig wegfallend zu bezeichnen.

Direktor Mayer widerstreift dem Antrage, welchen Abg. Bieber (B.) dringend empfiehlt. (Weiterheit.) Verschonen Sie uns also mit Währungsdebatten! In bezug auf die Inspektion der Schiffe hat die jüngste Zeit ein allerliebstes Ereignis zu Tage gefördert. Ein Spaziergänger stand am Deich bei Bremerhaven ein Telegramm an das Schiff „Havel“ folgenden Inhalts: „Werde morgen die „Havel“ impfen und Bootsmänner abholen. Frische Bootsrolle bereit zu halten. Der Reichskommissar.“ (Hört! hört! hört!) Nach einer solchen 24 Stunden vorher angezeigten Inspektion muß jedem Fabrikanten der Mund wässrig werden. Die Redaktion der „Weser-Ztg.“ hat darauf an den Direktor des Norddeutschen Lloyd die Anfrage gerichtet, wie es sich mit dieser Depeche verhalte. Die Direktion hat eine sehr lange Erklärung abgegeben, deren kurzer Sinn der ist, ja, der Reichskommissar muß seine Ankunft, sein Eintreffen vorher anzeigen, sonst findet er eigentlich den Dampfer niemals in Ordnung. Diese Thatsache empfiehlt ich dem Schatzsekretär zur Beachtung bei der Fertigstellung der Vorlage betreffend die Seemannsordnung. (Beifall links.)

Schatzsekretär v. Bötticher: Die Berichte der Auswanderercommissionen geben doch ein wesentlich anderes Bild von den Zuständen der Auswandererschiffe, als die Darstellung des Vorredners. Der im Handbuch angeführte Mannschaftsbestand bedeutet nur das Normalmaß, das sich nach den Bedürfnissen jeder einzelnen Flotte modifiziert. Wenn wenig Passagiere befördert werden, sind auch weniger Bedienungsmitägern erforderlich. Auf der „Persia“ kommen auf jedes Boot sechsbootsbekundige Personen. Nach dem Bericht der Reichskommissare liegen namentlich die neueren Auswandererschiffe in bezug auf die sofortige Bereitschaft der Boote geradezu vorzüglich. Was das Telegramm des Reichskommissars anzeigt, so ist die Anmeldung durchaus am Platze gewesen. Der Kommissar habe darauf zu sehen, daß ein Schiff nicht eher abgeht, als bis alle Einrichtungen zum Schutz der Passagiere ordnungsgemäß getroffen sind. Wenn er sich nicht angemeldet und nicht alles in Ordnung gefunden hätte, so hätte er nur anzeigen können, daß die unvollständige Einrichtung vervollständigt werde. Die Hauptfläche ist, daß bei der Abfahrt alles in Ordnung ist; wann es in Ordnung gebracht wird, ist vollständig gleichgültig. Meldet der Kommissar sich nicht an, so rüstet er, daß ein Theil der Mannschaft beurlaubt ist und er die Bootsmänner nicht vornehmen lassen kann. Wenn Sie also in Zukunft der deutschen Reederei wieder etwas anhängen wollen, so seien Sie vorsichtiger und fallen Sie nicht zum zweiten Male hinein. (Weiterheit und Beifall.)

Abg. Hahn (wild): Ich bin zwar für den Norddeutschen Lloyd keineswegs voreingenommen, kann aber doch die Darstellung des Abg. Meyer nicht als richtig anerkennen. Es ist mir allerdings gesagt worden, daß aus allzugroßer Sparfaulheit bei den Dampfern an Offizieren gespart werde, will aber vorzügerweise hinzufügen, daß ich nicht genau weiß, ob sich die Daten auf Bremer oder Hamburger Schiffe beziehen. Ich hoffe, daß das Haus einer Revolution endlich zustimmen werde, die ich wohl im nächsten Jahre wieder einberufen werde, in der eine Enquete über Beschäftigung und Gehaltsbezüge der Schiffsoffiziere verlangt wird.

Abg. Freise (frs. Bg.) führt aus, daß Abg. Hahn nur allgemeine Behauptungen aufgestellt, ohne sie mit Ziffern zu belegen. SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18960324/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beim Titel „Gesundheitsamt“ beantragen Mitglieder verschiedener Parteien (Abg. Pobbielski und Genossen): den Reichstanzler zu ersuchen, für die sofortige Einrichtung von Versuchsanstalten zur gründlichen Erforschung der Maul- und Klauenkrankheit von Fleisch wegen und bei den einzelnen Bundesstaaten Sorge tragen zu wollen.

Abg. Graf v. Berstorff-Nielzen (Welse) weist auf die Gefährlichkeit der ganz Deutschland durchziehenden Maul- und Klauenkrankheit hin.

Abg. v. Pobbielski (l.) bittet im Interesse des heimischen Viehstandes ebenfalls um Annahme der Resolution.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, die verbliebenen Regierungen seien mit dem Ziele der Resolution im vollsten Maße einverstanden. Es sei ihm aber fraglich, ob die Resolution sich ihrer Form wegen zur Annahme empfehle. Im Reichs-Gesundheitsamt wie in den landwirtschaftlichen Hochschulen beschäftigt man sich unausgesetzt mit der Erforschung der Maul- und Klauenkrankheit.

Die Abggs. Krause (natt.) und Langerhans (frz. Vp.) erklären sich ebenfalls mit den Zeilen der Resolution einverstanden, äußern aber ähnliche Bedenken wie der Staatssekretär.

Abg. Graf v. Kauh (l.) erklärt sich mit der Forderung besonderer Versuchsanstalten nicht einverstanden, obwohl er den Antrag unterstützt habe. Es würde zu lange Zeit versiechen, ehe praktische Resultate zu verzeichnen sein würden. Das richtigste sei, die Grenzen zu schließen, wie es andere Staaten, z. B. neuerdings Frankreich, auch thäten.

Die Resolution wird angenommen.

Beim Titel „Rechts-Versicherungsamt“ weist

Abg. Nötsche (wild) die bei der zweiten Lesung von den Abggs. Mollenbuhr und Stadthagen gegen die Berufsgenossenschaften erhobenen Angriffe zurück, worauf die Diskussion über den Titel unter dem Widerspruch des Abg. Singer geschlossen wird.

Beim Etat der Heeresverwaltung bringt Abg. v. Massow die vorzeitige Veröffentlichung des Kaiserlichen Gnadenverlasses durch den „Vorwärts“ zur Sprache und fragt an, ob Anordnungen getroffen seien, daß solche unglaublichen Vorgänge sich nicht wiederholen.

Kriegsminister Brounsart v. Schellendorff: Niemandem kann die vorzeitige Veröffentlichung des Erlasses unangenehmer sein, als mir selbst. Nachdem seine Majestät den Erlass unterzeichnet und mir eingehändigt hatte, war ich dafür verantwortlich, daß er nicht vor dem 18. Januar in die Öffentlichkeit kam. Wenn er trotzdem schon am 17. in einer sozialdemokratischen Zeitung erschienen ist, so muß ich die Schuld auf mich nehmen, und da ich nicht gewohnt bin, unlösbares Vorkommen zu vertuschen, so sage ich kein Wort zu meiner Vertheidigung. Ich erkläre nur, daß ich Maßnahmen getroffen habe, daß nach menschlicher Vorstellung ein solcher Standal nicht wieder vorkommen kann. Wenn ich heute ruhig und objektiv auf den Vorgang zurückkomme, so muß ich sagen, ich finde ihn weniger auffällig als typisch für unsere Zustände, denn er zeigt, daß auch in diesem Falle die Lehren der Sozialdemokratie äußerst verderblich für gewisse Elemente der Bevölkerung sind. Was Sie (zu den Sozialdem.) euphemistisch harmlose Verwendung eines werhlosen Blattes nennen, entpuppt sich bei näherem Zusehen als ganz gemeiner Diebstahl und Diebstahlerei. (Zustimmung rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Lachen bei den Sozialdem.) Die ersten Verluste, die Thäter zu ermitteln, wurden von den sozialdemokratischen Blättern mit Hohn und Spott begrüßt, und als der erste Versuch mißlang, habe ich im „Vorwärts“ die stolze Zuversicht gelesen, daß es nicht gelingen werde, die Diebe zu ermitteln. Thatächlich hat die Zeitung einen politischen Zweck mit der Veröffentlichung nicht verfolgt. Es hat sich nur gehandelt um das Geschäft, um die Melkame, um die Absicht, bei dem einsätzigen Theil der Leser den Glauben zu erwecken, die Zeitung habe Bezeichnungen zu den höchsten Kreisen, zum Kriegsministerium selbst. (Zustimmung rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hat doch der „Vorwärts“ geschrieben: „Dem „Vorwärts“ gehört man aber seine bevorzugte Stellung in der deutschen Presse nicht.“ (Große Heiterkeit.) Ist es wirklich möglich, die Sache zu belohnen, wie es von vielen Seiten geschehen ist? Es ist festgestellt, daß eine kleine Diebs- und Dieblerbande unter den Arbeitern der Druckerei des „Vorwärts“ in diesem Falle bedient hat. Diese drei Leute mögen, bevor sie Sozialdemokraten geworden waren, ganz ehrliche und rechtssichere Leute gewesen sein. Jetzt sind sie es meiner Ansicht nach nicht mehr und die Verantwortung dafür trägt die Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) werden sich vielleicht eine Weile schütteln, sie bleiben aber an Ihnen hängen. Ich habe ja auch schon in der Zeitung gelesen, Sie haben alle Aussicht, zu Heiligen oder Märtyfern der Partei erklärt zu werden. (Heiterkeit.) Als die Leute überschürt waren, haben sie ein reumütiges Geständniß abgelegt und dabei zu erkennen gegeben, daß sie sich ihrer Schuld vollkommen bewußt waren. Inzwischen haben sie Privatunterricht bekommen und haben in der Hauptverhandlung hingestellt, wie die Lämmelein, weiß wie Schnee, als die Unschuldigen. Das Gericht hat sich in keiner Weise von den Angaben der Leute dupieren lassen und zum Ausdruck gebracht, daß selbst der erfolgreiche Besuch der Schule des Verbrechens noch nicht die Berechtigung zum Stehlen gewährt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Da ich nur einmal das Wort habe, will ich auf die vom Abg. Bebel in der zweiten Lesung vorgebrachten Fälle von Soldaten-Mishandlungen zurückkommen. Der Mann vom 9. Husaren-Regiment erhielt nicht, wie der Abgeordnete Bebel angab, von einem Gefreiten, sondern von einem Kameraden eine Ohrfeige, so daß das Trommelfell platzte; die Verleugnung ist geheilt, trotzdem aber, und obgleich kein Strafantrag gestellt war, erhielt der Mann, der geschlagen hat, von seinem Eskadronchef 5 Tage Arrest, weil auch unter Kameraden eine Ohrfeige nicht egal ist. (Heiterkeit.) Aber wenn man jede Ohrfeige hier erwähnen wollte, die einem Genossen auf dem Arbeitsplatz oder bei sonstigen Gelegenheiten appliziert wird, wohin würde das führen. (Heiterkeit.) In Königsberg, wo wegen eines vorgekommenen Diebstahls eine Abtheilung nach-exerzierte sollte, ist auf die an das Generalkommando erstattete Anzeige nicht die Antwort gekommen, von nun an werde täglich zwei Stunden nachgerichtet werden, sondern der Offizier, der das Nachexerzieren verfügt hatte, wurde streng getadelt, und das Nachexerzieren hörte auf. Also diese Fälle beweisen wieder, daß der Abg. Bebel in dem Vertrauen auf unwahre Mitteilungen von Genossen sich hier unvorsichtig zum Verbreiter von Lügen macht und sich auch dadurch nicht beirren läßt, daß er den höchstrommandirenden Offizier einer Provinz in den Augen der Bevölkerung herabsetzt. Der vom Abgeordneten Bebel erwähnte Wendlandt wandte sich zuerst, nachdem er aus der Arbeiterabtheilung entlassen, an seinen früheren Hauptmann mit der Bitte, ihm Beschäftigung zu verschaffen, und der Offizier entsprach auch dieser Bitte, trocken es sich um einen Sozialdemokraten handelt; das beweist, welches Vertrauen die Leute, auch wenn sie wieder in ihre Zivilstellung zurückkehren, zu ihren ehemaligen Vorgesetzten haben, und damit ist erwiesen, daß jene Willkür und Ungerechtigkeit, von der der Abgeordnete Bebel spricht, im Heer und bei den Vorgesetzten nicht bestehen. Der Hauptmann Müller, auf den der Abg. Bebel sich bezieht, theilt mir in einem Brief mit — ich lese den Hauptmann Müller nicht persönlich — er bedauerte seine vor sechs Jahren in einer, wie er jetzt erzählt habe, unbegründeten Erregung geschriebene Broschüre, die noch jetzt den Anlaß zu aufgezeigten Vieden bilde, und er überliefert mir augleich eine

Broschüre, in der er im deutschen Heere eine Hauptstelle der deutschen Macht und des Friedens sieht. Die Armee ist — damit schließe ich — erhaben über die Vorwürfe, die der Abg. Bebel gegen sie richtet, und auch gegen die Anwürfe, die von sozialdemokratischer Seite alljährlich gegen sie, zum Theil in meiner Person, gerichtet werden. (Beifall.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Als der Erlass in unsere Redaktion gebracht wurde, hatte ich gedacht, es handle sich um eine ganz unbedeutende Sache; jetzt, da ich sehe, welche Wirkung die Veröffentlichung hervorgebracht hat, erkläre ich: der Streit hat doch getroffen. (Lachen rechts.) Die drei jungen Leute haben uns zweifelhaft geglaubt, ihrer Partei einen Dienst zu leisten. Das ist bei allen Parteien so, daß ihre Genossen Neugkeiten zu bringen. Es ist eine ganz harmlose Sache (Lachen) — es ist eine ganz harmlose Sache, und ich denke diejenigen nicht um ihre Autorität, die hier, nachdem sie über Männer wie Leist, Wehlan, Hammerstein lange Zeit in der nachsichtigsten Weise gerührthaben, die Schale ihres Tores über diese drei unschuldigen Leute ausgießen. Ich hatte die Absicht gehabt, in der Generaldebatte zu reden, aber ich fühlte mich zu unwohl, um das zu thun; jetzt habe ich wenigstens die Gelegenheit, nicht zu vertheidigen, sondern anzuhören. Wie der Kriegsminister mit dem Pathos, den er uns gegenüber immer anzuwenden beliebt, so hat auch der Oberstaatsanwalt Drescher, der einen großen Apparat hierzu in Szene gesetzt hatte, mit großem Pathos erklärt, daß der „Vorwärts“ dadurch die Tiefe seiner Moralität zu erkennen gebe. Unsere Moralität besteht einfach darin, daß wir Hallunken packen, wo wir sie kreieren können. (Lachen rechts.) Es wird ein Moment kommen, wo sie darüber am allerwenigsten lachen werden.

Der Kriegsminister hat den Verlust gemacht, es so darzustellen, als ob diese drei unschuldigen Leute (Lachen), ja unschuldig sind sie im Vergleich zu einem Hammerstein, ihre erste Aussage widerzurufen hätten; sie hätten ein Privilissimum inzwischen gehabt. Dieses hat einsfach darin bestanden, daß jene Genossen, so will ich sie hier nennen, den Inhalt eines Protokolls, welches ihnen vorgelegt worden war, nicht als richtig anerkannt haben. Der Polizeiominister Schröder hat Dinge gesagt, von denen sie behaupteten, daß sie nicht wahr seien. Der Kriegsminister hat gesagt, daß sie zu Parteimartyern geworden seien; nein, aber wir stellen sie doch unendlich höher als diejenigen, welche von Ihnen dadurch Männer vertheidigt haben, wie einen Peters, der bis zur jüngsten Zeit Ihr Vertrauensmann war, dem Sie Ihre Bewunderung zu erkennen geben. Gegenüber solchen Hallunten sind sie Männer von Ehre, Männer, vor denen wir noch Respekt haben. Man hat an ihnen all den Hass, der sich angehäuft hat im Laufe der Zeit gegen den „Vorwärts“, auslassen wollen. Sie sind in dieser Beziehung Märtyrer gewesen. Was wäre Ihnen geschehen, wenn es sich nicht gerade darum gehandelt hätte, nach dem Fall Peters einmal ein Exempel zu statuiren? Glauben Sie, daß ein Gerichtshof in einer solchen Weise vorgegangen wäre wegen einer Lappalie? Da sehen Sie wieder einmal die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte! (Große Unruhe. Glöckchen des Präsidenten.) Was heißt es denn, ein Altenstück veröffentlicht? Wo ist denn die Partei, die das nicht von Ihren Gegnern gehabt hätte? Gerade Sie (nach rechts) haben das gehabt; denken Sie an die Zeit, die Kaiser Wilhelm I. noch Kronprinz war. Wie wurde er von Lindenbergh, einem Agenten Ihrer Partei überwacht? Wir hatten uns nicht bemüht, das Altenstück zu bekommen, aber der „Norddeutschen Zeitung“, der wurde, als 1870 gegen mich und meinen Freund Bebel ein Schwarzachsprozeß angestrengt wurde, eine ganze Anzahl von Altenstücken, die auf unseren Prozeß bezug hatten, von der Staatsanwaltschaft (Hört! bei den Sozialdemokraten), also von den Kollegen des Oberstaatsanwalts Drescher übergeben. Es vergingen ein Paar Jahre und dann kam der Fall Antoine; jetzt hören wir wieder Klagen über Veröffentlichung von Altenstücken und Gesetzentwürfen in offiziösen Blättern und es ist offiziell darüber geplagt worden, daß in den verschiedenen Departements der Regierung ein förmlicher Wettstreit zu bestehen scheint, die Alten des anderen Departements zu verbürglichen. Ist das etwa insam gewesen? Hat man das gebrandmarkt? Nein, denn es waren ja Ihre Organe! Sie sprechen von einem Vertrauensbruch: Wir haben doch einen Menschenstand gehabt; aus dem sind Hunderttausende ausgegeben, um alles das zu thun, was Sie jetzt brandmarken, um Altenstücke zu entfernen. Unter dem Sozialistengesetz sind Einschränkungen und Diebstähle bei den Sozialdemokraten zu hunderten vorgekommen. Die Sozialdemokratie steht thurnhoch gegenüber derartigen Angriffen. Wenn man der Sozialdemokratie vorwerfen will, daß sie die Moral mit Ihnen trete, daß sie gegen das Recht, das in der Menschenbrust wohnt, verstöre, dann lachen wir. In der französischen Krieger sind es ungeheure Genossen gewesen, welche das Panamade bestreit und ausgehoben haben und hier im Reichstage hat es, nachdem die Staatsanwaltschaft Jahre lang geschlagen hatten, eines Sozialdemokraten bedurft, der den Reichstag und die Regierung zur Scham rufen mußte. Wenn Sie diesen armen unglückslichen drei Menschen gegenüberstellen einen Leist, Wehlan, Hammerstein, so ist das zum Lachen. Sie hängen uns jene an unsere Rockschöße, Ihnen hängen diese an und Sie werden sie nicht abschütteln können.

Abg. Venzmann: Nach der Anerkennung des Kriegsministers sollte man meinen, daß ich den Schüler der Kriegsverwaltung preisgegeben habe. Ich habe ihn in Schutz genommen gegen die Angriffe des Kriegsministers. Generalmajor v. Gemmingen: Über die Lieferung von Kohlen (Heiterkeit) sind besondere Vorschriften erlassen; es ist nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Kohlen aus Staatsgruben infolge der billigen Tarife billiger zu beziehen sind als die englischen Kohlen. Abg. Bebel (Soz.): Die Verwaltungen, welche geheime Fonds zur Verfügung haben, um Bestechungen zu üben, haben kein Recht sich zu entrüsten und Moralität zu predigen. (Präsident v. Buol rügt den Ausdruck Bestechungen.) Diese Fonds dienen doch zu Bestechungen. Das zeigen die Spionenprozesse im Auslande. Der Kriegsminister sollte erst ganz lesen, was ich gesagt habe, und nicht alles durcheinander werfen, wenn er mich hier widerlegen will. Er hat festgestellt, daß ein Soldat in Trier eine Ohrfeige erhalten hat. (Große Heiterkeit rechts.) Die Art und Weise, wie der Kriegsminister über die Sache hinweggegangen ist, reizt geradezu die Vorgesetzten draußen im Lande zu Misshandlungen. (Lachen rechts.) Der Königsberger Fall ist von mir richtig dargestellt worden. Es wird das gute haben, daß, nachdem ein so durch und durch falsches und verwerfliches Verfahren des Nachexerzierens zur Ermittlung von Diebstählen seitens des Kriegsministers verurtheilt worden ist, solche Fälle künftig wahrscheinlich nicht so häufig vorkommen. Es soll unrichtig sein, daß, nachdem mein Gewährsmann die Beschwerde eingereicht, die Leute von da ab haben nachexerzieren müssen. Mein Gewährsmann ist ein sehr angesehener Königsberger Bürger, den ich dem Kriegsminister nahestellen möchte. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Man rügt mir zu: „Thu es lieber nicht!“ (Kriegsminister: anonym!) Die Beschwerde ist also anonym eingelaufen. Ich vertrahre mich jedenfalls dagegen, daß der Kriegsminister sich herausnimmt, mir große Unwahrheiten vorzuwerfen. (Präsident v. Buol: Der Kriegsminister hat diesen Ausdruck gebraucht mit der Beschränkung: unbewußterweise!) Beifüllig des Falles Schöler hat der Kriegsminister mir nichts unrichtig nachgewiesen. Wendlandt hat sich viel früher als ein Hauptmann an uns gewendet; wir haben ihn materiell unterstützt, wir haben es aber abgelehnt, ihm eine Stellung in der Partei zu geben, weil wir zu seiner Beschäftigung kein Vertrauen halten. Von allgemeiner Willkür habe ich nicht gesprochen, ich habe immer bestimmte Thatsachen angeführt. Sagen Sie es doch nicht immer so dar, als sei alles in der Armee ideal! Die Beschwerden sind schon vorgezogen, lange als es Sozialdemokraten gab. Ich werde immer meine

Schuldigkeit thun, wie ich es bisher gehabt habe im Interesse des Vaterlandes.

Abg. Graf Plumburg-Stürz: Herr Bebel hat es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich von seiner Methode gesprochen habe, ohne einen Beweis dafür zu erbringen. Die heutige Debatte hat gezeigt, daß ich recht hatte mit meiner „Methode Bebel“. Den heutigen haben wir wieder zwei Fälle gehabt, auf die das paßt. Der Trierer Fall: ein Soldat hat von einem Vorgesetzten einen Schlag bekommen und ist taub geworden. Es war aber ein Kamerad, der ihm den Schlag gab, und der Mann ist taub geworden. Ebenso liegt es in Königsberg. In beiden Fällen wurde auf die Armee in ungerechtfertigter Weise ein Todl geworfen. Wenn Ungerechtigkeiten vorliegen, so wird es der Armee angenehm sei, davon Kenntnis zu erhalten. Wenn Herr Bebel nur wirkliche Thatsachen vorbringen würde, dann würde er es verhindern, daß man von einer „Methode Bebel“ spricht.

Abg. v. Stumm (Rp.): Herr Liebknecht ist heute soweit gegangen, den Diebstahl zu entlastigen und die Diebe als unschuldige Leute darzustellen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten: Zustimmung rechts.) Wer hat gelungen, daß auf unserer Seite auch manches geschehen ist? Der Unterschied ist nur der: Sie verherrlichen solche Unsitthlichkeit und Verbrechen. (Zuruf links: Sie haben den Herrn v. Hammerstein monatelang gehalten.) Wer hat Leist, Wehlan und Hammerstein verhöhnt? Gegen Peters sind Anklagen erhoben, deren Berechtigung erst die Untersuchung ergeben wird. Ich bin erstaunt über den Mut des Herrn Bebel, daß er überhaupt noch das Wort ergreift, nachdem, was ihm vom Kriegsminister entgegnet worden ist. (Heiterkeit rechts.) Herr Bebel hat sich in dem Trierer Fall zum Sprachrohr einer offenkundigen Lüge gemacht. Ebenso liegt der Königsberger Fall. Andere Parteien haben früher auch Militärmordhandlungen vorgebracht, aber sie haben sich nicht mit Unwahrheiten abgegeben. Herr Bebel wollte seine Pflicht weiter thun aus Liebe zu seinem Vaterlande. Die Auseinandersetzung scheint allerdings sehr weit zu gehen in der Sozialdemokratie, denn ich habe oft Befehle ausgesetzt, die leugnen, daß die Sozialdemokraten ein Vaterland haben. Nach dem Mangel an Vorsicht und an Wahrheitssiebe beweiste ich, ob Herr Bebel es mit dem Vaterlande ehrlich gemeint hat.

Abg. Bebel: Wer im Glasshaus sitzt, sollte nicht mit Stein werfen, besonders Herr v. Stumm, der in der letzten Zeit mit seinen Berichtigungen so oft dementiert worden ist wegen des Aufsatz einer Zeitung im Saarrevier. Es gehört eine sehr freie Sicht dazu, um danach hier so aufzutreten. Ich würde mich schämen, wenn ich auf solchen Dingen erstaunt würde, wie Herr von Stumm. (Große Heiterkeit rechts.) Der Königsberger Fall hat sich als wahr erwiesen. (Widerspruch rechts.) Ich werde mich nicht beirren lassen in meinem Vorgehen. Denn Erfolge sind dadurch erzielt worden, es sind Misshandlungen verhütet oder streng geahndet worden, die sonst vielleicht ungestraft geblieben wären. Und das danken uns Hunderttausende im Volle. Die Erklärung des Herzogs zu Sachsen, daß es Misshandlungen in der Armee giebt.

Herr v. Stumm hat es festgestellt, daß wir den Diebstahl verhindert hätten. Warten Sie doch erst das Urtheil der höchsten Instanz ab. Die Justizisten sind im Zweifel, ob die Wegnahme eines werhlosen Stück Papier ein Diebstahl ist. Ein Urteil, welches dafür 6 Monate Gefängnis ausspricht, ist nur möglich, wenn es vom politischen Hass eingegeben wird. (Präsident v. Buol rügt diese Wendung.) Die fiktive Entlastung seitens der Parteien, welche die Schurkerei des Herrn v. Hammerstein verhöhnt hatten, ist zum Lachen. (Präsident v. Buol rügt den Redner zur Ordnung.)

Major Gädé kommt darauf zurück, daß der Abg. Bebel bei der zweiten Lesung des Etats ausgeführt hat, daß die bestrafsten Reserveoffiziere kurz vor dem Amnestie-Erlaß noch zur Abbildung ihrer Strafen aufgesetzt wurden, damit ihnen die Gnade vorenthalten würde. Der Bericht über diesen Vorfall lautet, daß am 5. Januar die Strafverfügungen so weit vorbereitet waren, daß die Strafen vom 15. Januar ab verübt werden konnten. Die Mehrzahl der Mannschaften hatte von der Amnestie noch Vortheil. Wollte man ihnen diese Gnade entziehen, dann hätte man die Leute erst nach dem Amnestie-Erlaß heranziehen brauchen. Ein besonderer Fall war von Herrn Bebel angeführt worden; einem Reservisten soll ein Strafschluß nicht gestaltet worden sein, trotzdem seine Frau ihre Enthüllung entgegenseh. Es wurde ermittelt, daß die Frau erst lange nachher, am 5. Februar, entbunden wurde. (Große Heiterkeit.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Ich habe nicht den Diebstahl verhindert, sondern nur die drei Leute, welche des Diebstahls beichtigt worden sind, weil sie ein werhloses Stück Papier sich angeeignet haben. Kein Mensch denkt daran, daß sie etwas gestohlen werden kann. Verwahrung muß ich dagegen einlegen, als ob diese drei Männer durch Gelübdesprechungen vom „Vorwärts“ verführt werden; die Altenstücke gehen uns zu ohne Aussicht auf Belohnung. Der „Vorwärts“ hat sie veröffentlich in gutem Glauben und im öffentlichen Interesse und im Interesse der öffentlichen Moral (Lachen rechts) und er wird fortfahren, die Namen der Verbrecher an dem Schandpfahl zu nageln. (Unruhe rechts.)

Der Rest des Etats wird nach unerheblicher Debatte und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Abg. v. Stumm, Bebel, Meyer und Liebermann v. Sonnenberg genehmigt.

Gegen 6 Uhr wird die weitere Beratung des Etats bis Dienstag 1 Uhr vertagt. Außerdem steht die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung von Überschüssen zur Schuldentlastung zur Beratung.

Gerichtsaal.

Mit der Frage, ob Dissidenten verpflichtet werden können, ihre Kinder an dem Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen zu lassen, hatte sich Montag der Strafgericht des Kammergerichts in Berlin zu beschäftigen. Der Dissident Gerling in Köln hat ein Strafmandat erhalten, weil er seine Tochter an 80 Mal den Religionsunterricht meiden ließ. Gerling, dessen Frau ebenfalls aus der evangelischen Kirche ausgeschieden ist, beantragte darauf gerichtliche Entscheidung. Er hatte den Erfolg, in den beiden ersten Instanzen freigesprochen zu werden. Die Strafmauer war gewährleistete Gewissensfreiheit in Widerspruch stehen, wenn man Eltern, welche nicht mehr zur evangelischen oder sonstigen Kirchengemeinschaft gehören, zwingen wollte, ihre Kinder an dem Religionsunterricht der einen oder anderen Konfession teilnehmen zu lassen. Der Strafgericht des Kammergerichts hob aber dies verhülfte Urteil auf und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Die Kinder von Dissidenten müssen ebenfalls an dem Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen, wenn nicht erwiesen sei, daß sie anderweitig einen leichterwähligen Religionsunterricht erhalten. — Das ist Gewissensfreiheit in Preußen!

Weil das Gericht den — Schädel verloren hatte, mußte Montag die Verhandlung vor dem Schwurgericht am Landgericht II Berlin vertagt werden. Drei Siegelnarbeiter sollten einen Kollegen durch Messerstich in den Kopf getötet haben, und da sich am Schädel des Verstorbenen ähnlich deutlich zeigte, was für Messer zur Anwendung gekommen waren, hatte man als Hauptbeweismaterial den Schädel abgesetzt und in Verwahrung genommen. Dieses Beweismittel war aber gestern absolut nicht zu finden, vorlos war die Verhandlung nicht möglich und es mußte deshalb die Verlegung beschlossen werden. Gleichzeitig gelingt es, den verlorenen Schädel zu ermitteln.

Thilo Hühne

3 Johannisplatz 3.

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr und Sommer.
Kolossale Auswahl. Eleganste Verarbeitung. Billigste Preise.

Herren-Sommer-Paletots, Cheviot, gute Qualität, von 12—26 Mk.
Herren-Sommer-Paletots, Satin und meliert Kammgarn, hochfein, von 18—36 Mk.
Herren-Havelocks, Velour, Loden und Zwirn, wasserfest, von 11—24 Mk.
Herren-Anzüge, grossartige Neuheiten, von 13—36 Mk.
Herren-Anzüge, meliert Kammgarn, vornehmste Qualität, von 26—38 Mk.
Herren-Anzüge, dunkle Cheviot und Kammgarne, von 20—42 Mk.
Knaben-Anzüge in allen erdenklichen Ausführungen, von 3—15 Mk.
Knaben-Paletots, mit und ohne Kragen, von 4—12 Mk.

Einzelne Beinkleider, Westen, Joppen, Jackets etc.
in grosser Auswahl.

Anfertigung nach Mass

in elegantester Verarbeitung und tüdellosem Sitz.

Bitte um gütige Beachtung meiner Schaufenster!

Für unsere Leser!

Zum Preise von nur 4.— Mk. ist durch uns zu beziehen:

Buch der Erfindungen
von Dr. Heinrich Samter.

Populäre Darstellung aus dem Reich der Erfindungen auf allen Gebieten der modernen Wissenschaft und Technik.

Legions-Format (23 cm hoch, 18 cm breit, 6 cm stark).
Über 1000 Seiten stark

534 Illustrationen

Prachtband.

Nach auswärtis verhanden wie das Werk gegen vorherige Einwendung des Betrages und Vergütung des Portos von 50 Pf., bzw. 25 Pf. in der 1. Zone; 2 Exemplare machen ein 5 Mio.-Pf. aus.

Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Für Gartenbesitzer!

Die Samenhandlung von

Schneider & Fritzsch, Leipzig, Windmühlenstr. 2
gegenüber der Markthalle, bringt ihre vorsprünglichen Gemüse-, Gras- u. Blumenarten sowie ihre grossen Sortimente feinstes Gladisien, japanischer Zitien, reichblühender Campana, schöner Georginen, Begonien u. aller anderen schönblühenden Zweibl. u. Knosengewächse in empfehlende Erinnerung.

Endlich sind wir wieder

In der Lage, unsere berühmte Germania-Collection zu den sehr billigen Preisen von nur Mk. 7,50 zu versenden um zwar bestrebt dieselbe aus folgenden:

15 Gegenstände:

1 schöne Goldin-Herrn- oder Damen-Remontoir-Taschen-Uhr, Antwerp, genau gehoben, zwei Jahre Garantie. Von diesen Uhren nicht zu unterscheiden. 1 kleine Goldin-Uhrstelle, 1 Verlonge (Ringuhren) zw. Armband. 1 Taschenuhr mit 2 Alltags-Armbändern, Glashandschuh, Glashalter. 1 Weissenfährer, "Billig"; jedes Modell wird von 8 bis 10 maligem Durchsuchen überprüft. 1 Thermometer, zeigt stets die Temperatur genau und verlässlich an. 1 Barostop (Wetter-Anzeiger), zeigt die bevorstehende Witterung 24 Std. früher an. 1 englische Federwaage, wiegt bis 12½ gr. 2 dekorative Wand-Deco-rationen-Uhr, Pendeluhren; Pendel durchsetzen in gewöhnliche Metallrahmen. • goldimitierte Manschettenknöpfe mit Stecknähten. 3 goldimitierte Chemistentenknöpfe.

All 15 Stück zusammen nur Mk. 7,50.
Sicht comp. Dettagl. zw. Preis. Verkauf gegen Nachnahme oder vorherige Belohnung durch die gesetzlich eingetragene Firma:

Feith's Neuheiten-Vertrieb in Dresden-A. 9.

Feinste Holländische Süßrahm-Margarine
Excelsior

gesetzlich geschützte Marke

aus den Van den Bergh'schen Margarine-Fabriken Cleve und Rotterdam ist das beste von allen im Handel vorkommenden Fabrikaten.

Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften,



Ertablatt!!

Markthallenstand 25, 26, 27.

Größtes Geschäft in hiesiger Markthalle.
Heute und folgende Tage werden nur prima Qualität Landgeweine vom besten Schlachthof, wo strengste Kontrolle vorliegt, ausgepflanzt, à Pf. 55 Pf., bei 5 Pf. 50 Pf. Ratsfleisch nur 55 Pf., geräucherter Speck und Schwarzfleisch 65 Pf. Zeit zum Auslassen 50 Pf.

2600)

Roeser, Fleischer.

Feste Preise.

Naumann.

Naumann ein Arbeitervater war, Lohn hat er nur ganz geringen, Jungen darf gleich ein paar. Die noch in die Schule gingen. Oster aber konfirmiert. Wird der älteste von ihnen, Der muss dann, wie sich's gebührt, Selber sich sein Brot verdienen. Naumann wünscht nun, daß sein Sohn Belp' in gutem Gestgewand sich, Kraut das zur Konfirmation Draußen in "Goldner 24".

Frühjahrs-Saison 1896:

Konfirmanden-Anzüge	v. Mr. 5, 6, 7, 9, 10 u. höher
Konfir.-Anz., wie nach Fleisch gearb.	" 12, 13, 14, 15, 17, 20 u. höher
Herren-Anzüge, gut gearbeitet	" 7, 9, 12, 15, 17 u. höher
Herren-Anzüge, fr. Nouveautés	" 19, 21, 24, 28, 32 u. höher
Herren-Paletots in alten Farben	" 7, 9, 11, 14, 17 u. höher
Herren-Paletots, elegant	" 19, 21, 23, 26, 29 u. höher
Herren-Hosen, sehr halbbar	" 1, 2, 2½, 3, 4 u. höher
Herren-Hosen, hochfein	" 5½, 7, 9, 10, 12 u. höher
Herren-Jackets, eins- und zweireihig	" 4, 6, 8, 10, 13 u. höher
Herren-Mäntel, solid	" 8, 10, 11, 14, 16 u. höher
Knaben-Anzüge, alle Farben	" 1, 3, 4, 5½, 7 u. höher

Großte, billigste und reichste Einkaufsstätte.

Georg Simon zur

[2611]

„Goldnen 24“

1. Etage, 24 Grimmaische Straße 24, 1. Etage.

Fraek-Verleih-Institut.

Augustusbad, Poststraße 15. (Geb.: Karl Schubert.) Auslast f. Naturheilverfahren u. Medizin. Gastendampf, Wannen-, Hamm- u. Sitzbäder, Badungen, Massage, Bäuche und alte medizinischen Bäder. Zug. Ortsankunftsfee zugelassen.

Schlossbräu Friedenfels, Neumarkt 7.
Täglich großer Mittagstisch, im Abonnement 1/2, Port. 50 Pf., 2 halbe 60 Pf.

Herm. Richter, Nonnenstraße 52.

Donnerstag Schlachtfest. Früh 8 Uhr Weinfestlich.

[2504]

Möbeltransporte

Moltkebrücke, Moltkestr. 5. Freunde und Genossen, vergeht den sausen Althard nicht.

[2186]

Fahrräder Nähmaschinen

beste Fabrikate zu billigsten Preisen. Fachmännische Garantie.

Unterricht frei. Günstige Teilzahlung.

Wilh. Frenzel, Mechaniker

2. Neuschöpfeld, Eisenbahnhstr. 40.

Große Reparatur-Werkstätten.

Wer ein gutes Rad oder eine solide Nähmaschine billig haben will, wende sich an einen Fachmann und nicht an Händler, die alles, nur nicht Mechaniker sind. Diese Erkenntniß kommt sonst spät, durch Schaden.

Sämtliche

Gummi-waren

Artikel zur Gesundheitspflege sowie viele Neuheiten empfiehlt Gustav Graf, jetzt nur Burgstraße 14.

[1146]

Monatsgarderobe.

Empfiehlt alterseinstige Frühjahrs- resp. Sommerüberzieher, komplett Anzüge, einzelne Jackets, Beinleider, etc. nur Salzgäschzen 9, I. (ohne Größe.) J. Kindermann. NB. Fracks u. Gesellschafts-Anzüge auch teilweise.

[1361]

2.80 Jeder Hut 2.80

mit Kontrollmarke

1.50 Konfirmanden-Hüte 1.50

sehr gut in Qualität

1.50 Loden- u. Kuab.-Hüte 1.50

Mützen. Schirme.

Strassb. Hutbazar

I. Geschäft:

Grimm. Steinweg 15.

II. Geschäft:

Windmühlenstraße 24,

Ecke Härtelstraße.

Reform-Kinderwagen

in jeder Preislage, Korbwaren

jeder Art.

E. Hofmann

Leipzig, Brühl 18

Gutrich, Lindenstr. 14.

Special-Bettengeschäft.

4 Sterlingschichten 80 Pf., 6 weiße

Wardrobe-Söbchen 110 Pf., 6 Windeln

135 Pf., 1 Wickelschürze 89 Pf., 1 Bett-

deckenunterlage 55 Pf., 1 Stoffbettdecke

Julett 69 Pf., 1 Wagenträger, gefüllt,

65 Pf., 1 Stoffbettdecke, gefüllt 125 Pf.,

1 Wagenbett, gefüllt, 180 Pf.

Windmühlenstraße 22, I.

Grosse Auswahl. Billige Preise.

Reste!

BUCKSKIN, Cheviot, Kattune, Barchent,

weisse und bunte Möbelstoffe u. s. w.

M. Nüchtern

Verkauf nur Mainstr. 6. Haussstand.

Wanderwagen auf Abzahlung.

Ranstdörfer Steinweg 12.

Für nur 2.75 Pf. wird ein Anzug

gründlich gewaschen, und wie neu vor- gerichtet. Reparatur, bill. bei G. Hennig.

Glühkörper, à Stück 1 Mk.

Markt 3, Konradsgasse 55.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

2. Beilage zu Nr. 69 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag den 24. März 1896.

Sächsischer Landtag.

(68. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

Dresden, 23. März.

Der Kultusminister kündigt durch ein Schreiben für den 23. März, den Tag des Landtagschlusses, die Abhaltung eines scherlichen Gottesdienstes für die Mitglieder der beiden Kammern in der evangelischen Hofkirche an.

1. Schlussberatung über Kap. 25, 26, 107, 108 und 109 des ordentlichen Gesetzes und über Decret 27, Nachtrag zum ordentlichen Gesetz.

Es folgt die Beratung über die Beschwerde der unansässigen Gemeinderatsmitglieder zu Altenburg, Friedrich Lohr und Genossen, wegen der Teilung der Unansässigen in Klassen bei der Wahl der Vertreter derselben in den dorthin Gemeinderat.

Berichterstatter Abg. Seim (natl.): Unterm 28. Dezember 1894 bez. 16. August 1895 hat der Gemeinderat zu Altenburg bei Gewöhnlich einen Nachtrag zum Ortsstatut über die Gemeindevertreterwahlen der Unansässigen beschlossen, nach dem die Unansässigen fünfzig in zwei Klassen zu teilen sind, und zwar sollen die Wahlberechtigten mit 1500 M. Einkommen und darüber die Klasse der Höchstbesteuerten bilden, die Wähler unter 1500 M. Einkommen die Klasse der Niedrigsteuerarten. Die Petenten erheben Beschwerde, weil der Nachtrag mit den gesetzlichen Bestimmungen sich im Widerspruch befindet. Seitdem wählt die 1. Klasse der Unansässigen 7 Vertreter, die 2. Klasse der Unansässigen 5 Vertreter und die gesamten Unansässigen 4 Vertreter. Die letzteren haben bisher immer nur Vertreter der Minderbesteuerten gewählt, die Höchstbesteuerten haben sich daher beschwert, daß sie im Gemeinderat unvertreten seien, und es ist deshalb die Teilung vorgenommen worden. Sowohl der Bezirksausschuß als auch die Kreishauptmannschaft haben das diesbezügliche Gesetz des Gemeinderates befürwortet und das Ministerium hat den Dispens vom § 80 der Landgemeindeordnung auf Grund des § 98 desselben ausgeschlossen. Im § 80 ist allerdings nur von der Klasse der Unansässigen die Rede, es steht also nichts von einer Teilung darin, da aber § 98 dem Ministerium die Befugnis zur Dispensation bleibt, besteht die Trennung zu Recht. Die Petenten sagen zwar, das Gesetz sei nur vom Gemeindevorstand unterschrieben, das ist aber nicht ganz richtig, denn es ist unterzeichnet "Der Gemeinderat" und der Vorstand hat nur seinen Namen daruntergesetzt; daß alle Gemeinderatsmitglieder ihren Namen unterzeichneten, ist doch sonst auch nicht üblich. Die 1. Steuerklasse umfaßt 46 Personen mit 2000 M. Einkommen und wählt einen Vertreter, die 2. Steuerklasse umfaßt 449 Personen mit 3228 M. Einkommen und wählt drei Vertreter, das Verhältnis ist also auch hier ein gerechtes und die Deputation konnte deshalb nur zu den Beschlüssen kommen, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Stolle-Gesau (Soz.): Die Dispenserstellung verstößt höchstwahrscheinlich gegen die §§ 80 und 98. Eine Teilung der Unansässigen ist gar nicht möglich nach dem klaren Wortlaut des § 80. Der Geh. Reg.-Rat v. Bosse, der die Landgemeindeordnung mit Kommentaren versehen hat, ist der gleichen Ansicht. In einem Deputationsberichte von 1888/89 findet sich die Erklärung eines Regierungskommissars, daß von dem Dispens nur ein mäßiger Gebrauch zu machen sei, da es aber nichts gesagt von einer Befreiung, in der Klasse der Unansässigen noch weitere Klassen zu schaffen. Wenn die fröhliche Regierung so geurteilt hat, wie kommt jetzt das Ministerium Weizsch dazu, seine Befreiung so auszudehnen? Aber überall, wo Arbeiter oder gar Sozialdemokraten zu Vertretern der Unansässigen gewählt werden, da kommen die bestehenden und machen solche Dispensationsgesuche, und die Regierung beeilt sich, sie zu genehmigen. Dieses ganze Verfahren paßt ja vortrefflich zu ihrer sonstigen Politik, namentlich hinsichtlich des Landtagswahlrechts, aber es widerspricht schriftlich dem Wortlaut des § 80.

Abg. Hofmann (Soz.): Das Ortsstatut von Altenburg heißt es ausdrücklich, alle Dinge, die öffentliche Interessen berühren, müssen öffentlich verhandelt werden. Das ist aber nicht geschehen; dieser wichtige Punkt hat nicht einmal auf der den Gemeindevertretern vor Beginn der Sitzung ausgehändigte Tagesordnung gestanden. Erst kurz vor Schluß der Sitzung ist er unter "Versehenen" vorgebracht und mit größter Eile durchgedrückt worden. Deshalb ist dieser Beschluß ungültig!

Regierungskommissar: Die Regierung muß dabei stehen bleiben und betonen, daß Rechtswidrigkeiten nicht vorgekommen sind.

Kleine Chronik.

Leipzig, 24. März.

Altes Theater. Herr Julius Otto vom Stadithéâtre in Aig. der, wie man hinfüllt, von Herrn Stügmann bereits engagiert sein soll, hat bereits zwei Proben seines Komedien oder vielmehr seines Ristikkennens abgelegt: als Karl Moor in Schillers Räuber und als Georg Richter in v. Mosers Ultimo. Er spielt und deliniert, wie man eben an Provinztheatern drittes Ranges zu spielen und zu deklamieren pflegt: alles klingt so hoch und jede Gebärde erinnert an die Theaterakademie. Wie wir hören, wird Frau Müller uns bald verlassen und nach Aig. übersiedeln. Ich glaube, Herr Julius Otto würde gut thun, dort zu bleiben. Ober soll etwa durch ihn unser Stadithéâtre verjüngt werden?

r-t.

Die Versammlung deutscher Privatrechtslehrer in Eisenach. Aus Eisenach wird vom 28. März gemeldet: Die Versammlung deutscher Privatrechtslehrer hat nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: 1. Das juristische Studium beginnt mit einer allgemeinen Rechtslehre, insbesondere Privatrechtslehre. 2. Den Vorlesungen über das geltende Privatrecht haben außerdem Vorlesungen über römische und deutsche Rechtsgeschichte ferner zwei propädeutische, systematische Vorlesungen über die römisch-rechtliche und deutsch-rechtliche Grundlage des Privatrechts vorauszuzeigen. 3. Auf Quellen-Ergebnis ist nach wie vor hervorragendes Gewicht zu legen. 4. Nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches ist das gesamte bürgerliche Recht Deutschlands — mit Ausnahme des Handels- und Wechselsrechts — als systematische Einheit zu lehren. Von der Verbindung des Rechts des Bürgerlichen Gesetzbuches mit dem übrigen Reichs- und Landesprivatrechte sind nach örtlichem und zeitlichem Bedürfnisse der einzelnen Universitäten Ausnahmen zulässig. 5. Nach Aufnahme des Bürgerlichen Gesetzbuches unter die Lehrgangsstände bedarf es eines mehr als dreijährigen Rechtstudiums.

Flora Gah als Schriftstellerin oder der Humbug um jeden Preis. Die vielen genannten "Freundin" des Herrn von Hammerstein, Flora Gah aus Basel, giebt, wie man der Frankfurter Post schreibt, zur Verteidigung gegen die ihr gemachten Vorwürfe, von denen sie viele als ungerechtfertigt bezeichnet, eine Brochüre heraus, die sich durchweg auf Urkunden, in erster Linie auf Briefe v. Hammersteins, stützen soll. Das 50 Seiten starke Blatt, das demnächst in einem süddeutschen Verlag erscheinen wird, führt den Titel: "Meine Verteidigung in Sachen v. Hammerstein". Von Flora Gah in Basel."

Splitt.

Die bürgerliche Gesellschaft, insoweit sie für die Sicherung besiegenswerten eingerichtet ist, ist in der That nur für die Verteidigung der Freiheit gegen die Armen oder für die Verteidigung derjenigen, welche etwas besitzen, gegen diejenigen, welche nichts haben, einverstanden.

Adam Smith.

Abg. Horn-Gainsdorf (Soz.): bestreitet, daß die Dispensation zu Recht besteht.

Abg. Stolle-Gesau (Soz.): Die Regierung hat kein Recht, ein bestehendes Gesetz, wie es hier geschieht, einfach aufzuheben; etwas anderes wäre es, wenn Altenburg, weil es vorwiegend industriell ist und dem städtischen Charakter sich nähert, die Einführung der Städteordnung für sich verlangt und daß Bürgerrecht eingeführt hätte. Da würden wir nicht widersprochen haben, weil es im Gesetz begründet ist.

Abg. Hofmann (Soz.): Ich hätte erwartet, daß der Kommissar auf die von mir vorgebrachten Beschwerden über die vorgetragenen Ungerechtigkeiten eingegangen wäre, statt dessen bezeichnet er mein Zahlenmaterial. Meine Zahlen sind richtig, denn sie stammen aus dem Gemeindearchiv. Es kommt mir darauf an, ob der Beschluß des Gemeinderates gesetzlich zu Recht vollzogen worden ist oder nicht.

Regierungskommissar: Ich muß den Vorwurf Horns zurückweisen, als ob die Regierung ihre Rechte missbraucht hätte. Es ist alles eingehend erwogen worden, und ob die höher- oder niederen Gemeinderäte beschlossen, nach dem die Unansässigen fünfzig in zwei Klassen zu teilen sind, und zwar sollen die Wahlberechtigten mit 1500 M. Einkommen und darüber die Klasse der Höchstbesteuerten bilden, die Wähler unter 1500 M. Einkommen die Klasse der Niedrigsteuerarten. Die Petenten erheben Beschwerde, weil der Nachtrag mit den gesetzlichen Bestimmungen sich im Widerspruch befindet. Seitdem wählt die 1. Klasse der Unansässigen 7 Vertreter, die 2. Klasse der Unansässigen 5 Vertreter und die gesamten Unansässigen 4 Vertreter. Die letzteren haben bisher immer nur Vertreter der Minderbesteuerten gewählt, die Höchstbesteuerten haben sich daher beschwert, daß sie im Gemeinderat unvertreten seien, und es ist deshalb die Teilung vorgenommen worden. Sowohl der Bezirksausschuß als auch die Kreishauptmannschaft haben das diesbezügliche Gesetz des Gemeinderates befürwortet und das Ministerium hat den Dispens vom § 80 der Landgemeindeordnung auf Grund des § 98 desselben ausgeschlossen. Im § 80 ist allerdings nur von der Klasse der Unansässigen die Rede, es steht also nichts von einer Teilung darin, da aber § 98 dem Ministerium die Befugnis zur Dispensation bleibt, besteht die Trennung zu Recht.

Die Petenten sagen zwar, das Gesetz sei nur vom Gemeindevorstand unterschrieben, das ist aber nicht ganz richtig, denn es ist unterzeichnet "Der Gemeinderat" und der Vorstand hat nur seinen Namen daruntergesetzt; daß alle Gemeinderatsmitglieder ihren Namen unterzeichneten, ist doch sonst auch nicht üblich. Die 1. Steuerklasse umfaßt 46 Personen mit 2000 M. Einkommen und wählt einen Vertreter, die 2. Steuerklasse umfaßt 449 Personen mit 3228 M. Einkommen und wählt drei Vertreter, das Verhältnis ist also auch hier ein gerechtes und die Deputation konnte deshalb nur zu den Beschlüssen kommen, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Stolle-Gesau (Soz.): Die Dispenserstellung verstößt höchstwahrscheinlich gegen die §§ 80 und 98. Eine Teilung der Unansässigen ist gar nicht möglich nach dem klaren Wortlaut des § 80.

Der Geh. Reg.-Rat v. Bosse, der die Landgemeindeordnung mit Kommentaren versehen hat, ist der gleichen Ansicht.

In einem Deputationsberichte von 1888/89 findet sich die Erklärung eines Regierungskommissars, daß von dem Dispens nur ein mäßiger Gebrauch zu machen sei, da es aber nichts gesagt von einer Befreiung, in der Klasse der Unansässigen noch weitere Klassen zu schaffen.

Wenn die fröhliche Regierung so geurteilt hat, wie kommt jetzt das Ministerium Weizsch dazu, seine Befreiung so auszudehnen?

Aber überall, wo Arbeiter oder gar Sozialdemokraten zu Vertretern der Unansässigen gewählt werden, da kommen die bestehenden und machen solche Dispensationsgesuche, und die Regierung beeilt sich,

sie zu genehmigen. Dieses ganze Verfahren paßt ja vortrefflich zu ihrer sonstigen Politik, namentlich hinsichtlich des Landtagswahlrechts, aber es widerspricht schriftlich dem Wortlaut des § 80.

Abg. Hofmann (Soz.): Das Ortsstatut von Altenburg heißt es ausdrücklich, alle Dinge, die öffentliche Interessen berühren, müssen öffentlich verhandelt werden. Das ist aber nicht geschehen;

dieser wichtige Punkt hat nicht einmal auf der den Gemeindevertretern vor Beginn der Sitzung ausgehändigte Tagesordnung gestanden.

Erst kurz vor Schluß der Sitzung ist er unter "Versehenen" vorgebracht und mit größter Eile durchgedrückt worden.

Deshalb ist dieser Beschluß ungültig!

Regierungskommissar: Die Regierung muß dabei stehen bleiben und betonen, daß Rechtswidrigkeiten nicht vorgekommen sind.

Vereine und Versammlungen.

Außerordentliche Versammlung des Gewerkschaftskartells am Montag den 16. März mit folgender Tagesordnung:

1. Wie sichern sich die Arbeiter die gesetzliche Sonntagsruhe. 2. Lokalfrage. 3. Streik der Textilarbeiter in Cottbus. Punkt 1 betrifft hauptsächlich die Beschwerden der Markthelfer und führt deren Vertreter aus, daß für sie das Gesetz über die Sonntagsruhe nur auf dem Papier steht, da die meisten Geschäfte das Gesetz grundsätzlich verlegen. Soz. mehrere fromme Prinzipale beschäftigen ihre Leute auch während des Gottesdienstes. Es sei schon von den Markthelfern eine Eingabe an die Behörden gemacht worden, worauf aber der Bescheid erließt wurde, daß diejenigen Arbeiter, die Sonntagsarbeit machen müssten, sich selbst an Ratsstelle beschweren und ihre Prinzipale zur Anzeige bringen sollten. Das habe nun die Markthelfer bewogen, sich ans Kartell zu wenden. Bauschlosser Franke führt an, daß sogar am Reichsgerichtsgebäude, wo doch nun nach dem Gesetz Recht gesprochen werden soll, fast ein halbes Jahr Sonntags gearbeitet wurde und meint, die Arbeiter sollten sich besser organisieren und dann einfach die Sonntagsarbeit verzögern. Gen. Meisch tritt für Bildung einer Kommission ein, die die Angelegenheit weiter verfolgen soll. Gen. Gotsch beantragt folgende Resolution, die einstimmig angenommen wird:

"Das Gewerkschaftskartell erachtet die Gewerkschaften, die Frage der Übertragung der Sonntagsruhe in ihren Versammlungen zur Sprache zu bringen, Fälle solcher Übertragungen aus Licht zu ziehen und sie dem Kartell als Material zu überweisen." Zu Punkt 2 berichtet Gen. Meisch die Lokalfrage. Seine Bemühungen zur Auflösung eines geeigneten Lokals seien entweder am zu hohen Preis oder an der Unangemessenheit der Grundstücke gescheitert. Es bliebe noch das Grundstück in der Gellerstraße, das jetzt zu vermieten sei, da sich kein Käufer gefunden habe. Gen. Meisch ist der Ansicht, das Grundstück würde vollständig gereichen, wenn sich die Gewerkschaften mit den Versammlungsstätten einrichten würden. Man sollte sich nur ein Beispiel am Stuttgarter Gewerkschaftshaus nehmen, wo ein schöner Überbau erzielt wird. Verschiedene Delegierte halten das Haus in der Gellerstraße für ungeeignet und zu klein, und wird daraus beschlossen, Sonntag früh 9 Uhr das Lokal in Gemeinschaft zu beschichten und die Sache in der darauf folgenden Sitzung im Römischem Hof weiter zu verhandeln. Zu Punkt 3 erläutert Gen. Gotschmann in kurzen Worten die Entstehung und den Stand des Streiks der Textilarbeiter in Cottbus, wonach dieser der größte Streik in der Branche sei, der bis jetzt in Deutschland vorgekommen. Die Fortberungen der Streikenden seien so geringe und so geringe und trocken sträuben sich die Fabrikanten dagegen, daß man für das Vorbringen dicker Herren keine Worte finde. Es sind gegen 6000 Arbeiter im Ausland mit einer Angehörigenzahl von 20000, sodann eine wöchentliche Unterzahlung von 40000 M. nötig sei.

Da dieser Streik für die gesamte Textilbranche eine unbedeutende Notwendigkeit sei, er aber nicht durch die Textilarbeiter in peinlicher Hinsicht zu Ende geführt werden könne, so bitte er das Kartell, diesen Streik materiell zu unterstützen, so gut wie es möglich sei. Gen. Jakobson sowie Gotsch sind dafür, den Streik schnell und möglich stark zu unterstützen. Gen. Kunert (als Vorsitzender) bedauert die lange Absicherung der Gelder ans Kartell und erklärt, daß momentan überhaupt kein Geld vorhanden sei. Er erachtet die Delegierten, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß die Gelder schneller ans Kartell gelangen. Im selben Sinne spricht sich Gen. Krempel aus. Gen. Berthold führt aus, die Gewerkschaften hätten mehr für Gründung von Unterstützungsfonds als für Arbeitslosenunterstützung einzutreten sollen. Beschlusses wird, den Streik zu unterstützen und gelangen zu diesem Zweck bis zur Ausgabe. Unentschuldigt fehlten: Bauschlosser Franke, Kellner Unbehauen, Klipschmidt Kohsan, Käthchen Röther, Metallarbeiter Deutschnann, Schneider Dietrich und Weigel, Schuhmacher Schmidt, Zimmerer Hundt, Holzbildhauer Teubner. Entschuldigt fehlten: Bäcker Müller, Holzarbeiter Knauth, Maurer Weißbach, Müller Kahl. Maurer Hoffmann ist noch dreimalig unentschuldigt gehalten ausgeschlossen. Die Satzungen sind infolge des Ausschlusses ihrer Delegierten nicht mehr vertreten. — Angemeldete Begegnungen: Bäcker 12. Juli im Alberthof; Gewerkschaftskartell 3. August in Stötteritz; Gewerkschaftsfest.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der Bäder Leipzig und Umgegend tagte am Mittwoch den 18. März in der Flora. Zum 1. Punkt des Tagesordnung, der Maximalarbeitsstag und seine Vorteile, erläuterte Kollege Heyer die neuen Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse in Bädereien, die am 1. Juli 1896 in Kraft treten. Er bemerkte, daß die Bestimmungen nicht weitgehend genug seien. Redner fordert die Kollegen auf, dem Verband der Bäder Deutschlands beizutreten und hofft durch eine strenge Organisation nicht nur den Maximalarbeitsstag besser zu gestalten, sondern auch den Arbeitstagsdienstag zu erringen. In der Diskussion meldet sich Bädermeister Simon zum Wort. Er gab dem Referenten in allem Recht, bloß mit der Weihnachtsbäckerei geträumt er sich nicht fertig zu werden. 2. Punkt Berichterstattung und Neuwahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Kollege Hühndorf erstattet Bericht und bringt den Antrag ein, zur guten Aktion im Bädergewerbe einen Agitationsfonds zu gründen, der von 3 Personen verwaltet wird. Abrechnung hat jährlich 2 mal stattzufinden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen und als Verwaltungskörper die Kollegen Weißner, Hoppe und Schauder gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell werden die Kollegen Weißner und Hühndorf einstimmig gewählt. 3. Punkt Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann bleibt bekannt, daß die Leipziger Brotarbeit wegen nicht Einhaltung der Sonntagsruhe dreimal abgelehnt wurde. Am 12. Juli wird das geplante Sommerfest stattfinden und werden in nächster Zeit die Programme zum Verlauf gelangen. Kollege Weißner führt Beschwerde darüber, daß während aller bürgerlichen Feste in dem Bericht über die letzte Versammlung bestanden, daß in der Konsumbäckerei seit kurzer Zeit zwei Bohnplatten eingeführt sind, sei in der Volkszeitung nichts davon zu finden gewesen. Der Berichtsteller erklärt, daß es im Bericht vermerkt war, doch selber habe es der Vorsitz der Volkszeitung gestrichen. Diese Behauptung ist unwahr. Abgelehn von den notwendigen stilistischen Änderungen und Abzügen unerlässlicher Stellen, streichen wir nur aus preisgeführten Gründen, unterdrücken aber nicht Stellen, die nach Meinung des Berichtstellers vielleicht anderen Genossen unangenehm sein könnten. Die Red.

Große Musiker-Vereinigung. Mitgliederversammlung vom 20. März 1896. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuerberichtigung; 2. Wahl einer Kommission zur Umarbeitung des Statuts; 3. Gewerkschaftliches und freie Begrüßung. Nach Erledigung des 1. Punktes beauftragt man den Gesamtvorstand und noch drei andere Mitglieder mit der Umarbeitung einer Vorlage zur vollständigen Reorganisation. Beim 3. Punkt wird beschlossen, Donnerstag den 9. April eine öffentliche Versammlung der Kellner und Musiker in der Flora abzuhalten und kurz nach dem Osterfest ein Konzert in Gemeinschaft mit den Abteilungen des Stötteritzer Arbeitervereins auszuführen. Als Lokale wurden hierzu vorgeschlagen: Alberthof, Drei Mohren und Grüne Schänke. Auf Drängen des Herrn Musikdirektors Coblenz habe der Leipziger Musikerverein beschlossen, den Gesamtvorstand der Freien Vereinigung zu einer nichtöffentlichen Versammlung des ersten Vereins einzuladen. Der Vorstand hat mit Rücksicht auf S. 24 des Sachsen Vereinigungs- und mit weiterer Rücksicht darauf, daß einige Herren des alten Musikervereins wiederum eine Aktion gegen die Freie Vereinigung planen, dieser Einladung keine Folge gegeben.

Von der Wahlrechtsbewegung.

Reichenbach, 23. März. Am letzten Sonntag hielten die Parteigenossen des 22. Wahlkreises (Abg. Hofmann) in Buchwald bei Reichenbach eine Parteiveranstaltung ab, die von über 300 Genossen aus allen bedeutenden Orten des Wahlkreises besucht war, jedoch mußten viele wegen Platzmangel wieder umziehen. Punkt 1 der Tagesordnung: "Die Landesversammlung" ergab eine sehr lebhafte und teilweise auch erregte Debatte für und gegen die sofortige Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtag. Genosse Stobert Müller hatte das einleitende Referat über die Stellungnahme zur Landesversammlung. Er erklärte, daß bezüglich der Frage der Mandatsniederlegung, er sowie die Reichenbacher Genossen auf dem Standpunkt ständen: die Mandate seien niederzulegen und an den nächsten Landtagswahlen solle man sich nicht beteiligen; auch war Redner der Meinung, daß die sächsischen Genossen jedenfalls durchgehends es für richtig erkannt haben würden, wenn die Abgeordneten sofort nach Annahme des Dreiklassenwahlsystems ihre Mandate niedergelegt hätten. Nach eingehender lebhafter Debatte, in welcher sich 24 Genossen für und 18 gegen Niederlegung der Mandate aussprochen, kam gegen 41 Stimmen eine Resolution zur Annahme, wonach die Genossen des 22. Wahlkreises der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Landesversammlung beschließen wolle: Mandate niederlegen und Nichtbeteiligung an den Landtagswahlen. Die hierauf gewählten Delegierten Karl Preß und Karl Neu erhalten in diesem Sinne gebundenes Mandat mit. Zu bemerken ist noch, daß der Referent wie auch Genosse Hammer-Reichenbach a. a. sich entschieden gegen den Vorwurf verwahrt, als habe Genosse Schoenlank in Reichenbach erst Stimmung für Niederlegung der Mandate gemacht

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 25. März 1896, abends 6½ Uhr im Sitzungssaal am Rossmarkt statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Oeconomics-, Bau-, Finanz- und Verkehrs-ausschusses über den Bau einer Brücke über das Wildstrubelbett in 30 Meter Breite.

2. Bericht des Oeconomicsausschusses über a) Ankauf einer Kreisfläche von dem Fürstlichen Grundstück an der Ecke der Antonienstraße und des Schleswiger Weges in Leipzig-Klein-schöcher zu Straßenzwecken; b) Verwendung von 3262 M. als Entschädigung für Fußwegherstellungen in Leipzig-Klein-schöcher; c) Nachverfügung für Baumansetzung in der König Johann-Straße zu Conto 38; d) Herstellung einer Strecke der Altenstraße; e) Verlauf eines vor dem Thielemannischen Grundstück an der Leipziger Straße in Leipzig-Connewitz gelegenen Kreisstreifens; f) die Eingabe des Herrn Franke, Ausführung der für die Stadt herstellenden Straßenspülungen in eigener Regie; g) Rückführung des Rates, die Petition wegen Beilegung im vergangenen Sommer ausgebrochenen Steinfeuerkreis; h) Rückführung des Rates auf den Antrag des Kollegiums: die Unterhaltung der macadamisierten Straßen der Tiebau-Berwaltung zu unterstellen.

3. Bericht des Oeconomics- und Finanzausschusses über Herstellung einer Schleuse in der Nendorfstraße und der Brandstraße, sowie Weiterführung der Trennkengrabenschleuse in Leipzig-Connewitz.

4. Bericht des Bauausschusses über Nachverfügung zu Conto 32 Pos. 14 „außerordentlich“ des diesjährigen Haushaltplanes.

5. Bericht des Schulausschusses über a) Errichtung einer weiteren (12.) Klasse an der Schwachmünigen-Schule; b) Verhoffung eines Blüthnerschen Flügels für die I. Realschule.

6. Bericht des Verfassungs-, Oeconomics- und Verkehrs-ausschusses über die Vorslagen, betr. den Entwurf einer Betriebs-verfügung für die Straßenbahnen der Stadt Leipzig.

7. Bericht des Verkehrs- und Finanzausschusses über Ver-führung von 60 städtischen Mietshäusern.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. März.

Das letzte Geleit gaben am vergangenen Sonntag zirka 500 Genossen unserem in Leipzig-Klein-schöcher verstorbenen Genossen August Müller. Am Trauerhause stimmte die 7. Sängergesellschaft des Arbeitervereins Leipzig zwei Trauermäden an, worauf sich der Leichenzug ordnete, der einen sehr würdevollen Charakter trug. Vier prächtige Kränze mit weißer Schleife und Widmungen von den Genossen des 12. und 13. Reichstagswahlkreises, sowie von den Genossen des Westbezirks, von den Genossen von Klein-schöcher und dem Arbeiterverein Leipzig wurden am Grabe niedergelegt. Die leidtragenden Genossen verließen hierauf die Grabstätte, ohne die Messe des Geistlichen abzuwarten.

Eine öffentliche Versammlung aller Leipziger Bauhandwerker findet Mittwoch den 25. März abends 8 Uhr im Pantheon statt. Die Versammlung hat den Zweck, geeignete Anregungen zur Abstellung der im Baugewerbe vorhandenen Mißstände zu geben, unter denen Leben und Gesundheit der Bauarbeiter mannigfach gefährdet sind. Auch die vor einiger Zeit für die Stadt Leipzig erlossene Bauordnung soll einer Besprechung unterzogen werden.

Professor Sohm-Leipzig hielt in der Gesellschaft Hamburger Juristen einen Vortrag, in dem er sich über das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen über den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs äußerte. Sohm hält die Ausichten für das Zustandekommen des Gesetzbuchs für günstig, da besonders das Centrum den dringenden Wunsch habe, die Vorlage durchzubringen. Des ferneren sprach sich Sohm, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, in sehr bemerkenswerter Weise für das Vereinsrecht nach den Beschlüssen der Reichstagskommission aus. Allerdings bediente schon das Vereinsrecht des Regierungsentwurfs einen Fortschritt gegenüber dem gemeinen Recht, das hinsichtlich der Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine auf dem alten Polizeistandpunkt stehe. Aber dies Vereinsrecht widerspricht der Gerechtigkeit und der Vernunft. Es sei unvernünftig, wenn der Staat sage, ein Verein sei öffentlich rechtlich erlaubt, dürfe jedoch sein privates Vermögen haben; denn thatsächlich besitzt der Verein doch Vermögen, und es sei nur eine Sache der juristischen Hindigkeit, diesen thatsächlich bestehenden Zustand mit dem geltenden Recht in Einklang zu bringen. Ebenso ungerecht sei es, wenn der Staat nun, wo er diesen Standpunkt verlässt, hinsichtlich der politischen u. s. w. Vereine eine Ausnahme machen wolle und gewisse Privileien aufstelle, um diese Vereine in ihrer privatrechtlichen Tätigkeit zu beschützen. Es sei kein Geheimnis, daß diese Bestimmungen des Regierungsentwurfs in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Fachvereine gerichtet seien. Eine günstige Wirkung verspreche er sich jedoch von einer solchen Maßregel nicht. Denn wenn man diesen Vereinen den Erwerb von Vermögen erleichtere, so schaffe man dadurch ein Mittel, um sie von ihren umstürzlerischen Plänen abzubringen; Vermögen mache konservativ. (Zuweilen auch nicht. D. R.) Deshalb müsse er den Schluß der Reichstagskommission, die alle Beschränkungen der Vermögensfähigkeit der Vereine befreit habe, durchaus billigen, und, wenn auch der Entschluß des Bundesrats noch keineswegs feststehe, so wolle er persönlich doch hoffen, daß der Bundesrat sich mit dem vom Reichstag beschlossenen Vereinsrecht einverstanden erkläre. — Man muß bedenken, daß Professor Sohm im Reichstag als Vertreter der Regierungen aufgetreten ist, um die Bedeutung dieser Ausführungen zu widerlegen!

Eine für Reisende bequeme Einrichtung wird jetzt in den Eisenbahnzügen verschiedener Strecken erprobt. Sie soll verhindern, daß Reisende über das Ziel ihrer Reise hinausfahren, da es häufig vorkommt, daß der Auszug der Station überhört wird. Zu diesem Behufe ist nun ein Apparat konstruiert, der die Station anzeigt und in den einzelnen Wagenabteilungen angebracht ist, so daß er jedem Reisenden sichtbar ist. Dieser Stationsanzeiger funktioniert derartig, daß in demselben bei Abgang des Zuges von einer Station ein kleines Schild erscheint, das den Namen des nächsten Haltepunktes anzeigt und so lange sichtbar bleibt, bis der Zugzug die angezeigte Station wieder verläßt. Hierauf stellt der Anzeiger dann von selbst auf automatischem Weise die nächste Haltestelle

ein. Der Apparat ist so sinnreich konstruiert, daß er sich für alle Bahnen brauchen läßt. Die Täfelchen, die die Haltestationen anzeigen, sind nämlich in dem Apparat nicht befestigt, sondern werden vor Abgang des Zuges in denselben eingestellt und später ebenso wieder entfernt. Die ganze Einrichtung entspricht einem Bedürfnis, das sich in den Kreisen des Publikums schon längst fühlbar gemacht hat.

Post und Telegraphie. Auf dem Bahnhof Bad Elster wird während der Monate April bis einschließlich September eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb wieder in Betrieb genommen. — Auf dem oberen Bahnhofe in Blaues (Vgl.) ist eine Reichstelegraphenanstalt eröffnet worden. Die Dienststunden der Telephoranstalt sind an Werktagen: 7 vorm. im Sommer (8 vorm. im Winter) bis 8 nachm., an Sonn- und Festtagen: 7 vorm. im Sommer (8 vorm. im Winter) bis 9 vorm., 12 bis 1 mittags und 5 bis 7 nachm.

Die Einführung des Nachtbetriebes im Fernsprech-wesen wird in einem Aufsatz der Elektrotechnischen Zeitschrift verlangt. Der durchgängige Betrieb während Tag und Nacht müsse bei allen Fernsprechämtern mit mehr als 200 bis 300 Teilnehmern ermöglicht werden, wie das in allen größeren Städten des europäischen Kontinents außerhalb Deutschlands bereits der Fall sei. Der geringe Vermehrung der Betriebsumfunktionen würden die Einnahmen aus den Gesprächen zwischen verschiedenen Städten gegenüberstehen. Vielfach seien heute die Sprechverbindungen nach außerhalb durch dringende Gespräche tagsüber in Anspruch genommen, so daß vielen die Möglichkeit, zu sprechen, am Tage entzogen werde. Bei der Einführung des Nachtbetriebes handle es sich aber nicht bloß um eine Verkehrserleichterung, sondern um persönliche Sicherheit und Wohlfahrt. Durch den Nachtbetrieb würde nämlich eine Verbindung mit Polizei, Arzt und Feuerwehr ermöglicht.

Personalnachrichten. An Stelle des in den Ruhestand getretenen Reichsgerichtsrat Voebell ist der Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Jaeschke in Berlin zum Reichsgerichtsrat ernannt worden. Er wird seinen Sitz im 5. Civilsenat des Reichsgerichts vom 1. April ab einnehmen. — Zum Direktor der hiesigen zweiten höheren Bürgerschule an Stelle des durch Selbstmord geendeten Direktors Wolff wurde der Direktor der sechsten Bürgerschule, Herr Rudolf Ferdinand Schmidt und an dessen Stelle Herr Lehrer C. Bernhard Richter von der Realschule gewählt.

Zu der Leipziger Universität werden jetzt, nachdem die nach dem Albertinum führende Freitreppe vollendet ist, auch die Hörsäle des Albertinums fertiggestellt, von denen fünf bereits im nächsten Semester benutzt werden sollen.

Zwei Generalverordnungen für die höheren Lehranstalten Sachsen belegen, daß Schüler der Oberklassen, die Theologie zu studieren beabsichtigen, vom Gesangsunterricht nur in ganz dringlichen Fällen zu dispensieren sind, und daß Schüler katholischen Beliebtheit von umfangreicheren gemeinsamen Andachten, die über den Rahmen der üblichen täglichen Andachten der einzelnen Klassen hinausgehen, auf Ansuchen zu dispensieren sind.

Herr Brauer ist von Wichtigkeit, daß die leitenden Steuerbehörden vom Bundesrat jetzt ermächtigt worden sind, den Brauern das Hallen von Vorräten an Malzschrot zum Verlauf unter Anordnung der mit Rücksicht auf die Botschaft im § 13, Abs. 3 des Brauuntergesetzes vom 31. Mai 1872 erforderlichen Kontrollen zu gestatten.

Die Tagameter-Droschen kommen am 1. April zur Einführung. Eine Versammlung der Droschkenfischer verlangte für die Führer dieser Wagen einen Wochenlohn von 18 Mark und freie Livree.

Aenderung im Droschkentarif. Mit der in den nächsten Tagen erfolgenden Eröffnung der den Stadtteil L.-Gutriesch mit dem Berliner Bahnhof verbindenden Wittenberger Straße, die ebenso wie die noch nördlicher gelegene Straße an der Guanoafabrik im sogen. äußeren Droschkenbezirk liegt, kommen die bisherigen sehr hohen Droschkenfahrhöhe im Verkehr zwischen dem Berliner Bahnhof und den Nordvororten nunmehr in Vergessen. Es kostet nunstig die Fahrt vom Bahnhof nach den südlicheren Teilen von L.-Gutriesch nur 50 Pf., desgleichen nach L.-Gohlis, wenn der Zielpunkt der Fahrt schneller über den L.-Gutriescher Bahnhübergang, als über den Yorkplatz vom Berliner Bahnhof aus zu erreichen ist. Die Sätze gelten auch für die Fahrt nach dem Berliner Bahnhof.

Veränderung im Arbeitsverhältnis. Angesichts des herannahenden Ostertermins, an dem eine große Anzahl junger Leute ihre Lehre beenden, seien diejenigen Arbeitgeber, die die seitherigen Lehrlinge auch noch als Gehilfen weiter beschäftigen, ganz besonders darauf hingewiesen, daß von den veränderten Beschäftigungs- und Dementhrerhrend auch veränderten Lohnverhältnissen wegen Zuteilung zu einer anderen Beitragsklasse und bezw. Heranziehung der betreffenden Personen zur Invaliditäts- und Altersversicherung, der zuständigen Krankenkasse binnen drei Tagen nach Eintritt der veränderten Verhältnisse entsprechende Meldung zu erstatten ist. Die Versammlung dieser Verpflichtung zieht Strafe nach sich.

Eine Überschwemmung trat heute morgen 1/8 Uhr in den in der Nähe des Neustädter Güterbahnhofes gelegenen neuen Straßen ein. Das Hauptrohr der Wasserleitung war in der Ludwigstraße geplatzt, so daß die entstromenden Wassermassen die Straßen überfluteten. Die Leitung wurde abgestellt und eine Dampfspritze trat in Thätigkeit, um das Wasser, so weit es sich nicht selbst in die Kanäle verließ, aus den Straßen und Grundstücken zu pumpen. Die als Pumpmaschine verwendete Dampfspritze war noch in den Nachmittagstunden in Thätigkeit.

Tot aufgefunden wurde gestern vormittag in ihrer Wohnung in der Sternwartenstraße eine 40jährige Frau. Von einem Arzt wurde Herzschlag als Todesursache konstatiert.

Leichenfund. Gestern morgen wurde in der Pleiße an der Waldstraßenbrücke ein männlicher Leichnam aufgefunden. Zu dem Toten erkannte man den seit etwa acht Wochen vermissten, hier wohnhaft gewesenen 37jährigen Wittenbauer Ernst Paul Graupner gen. Reichel. — In dem am Sonnabend an der Pettenbrücke aufgefundenen männlichen Leichnam wurde ein 30jähriger Schnied aus Preßnitz erkannt, der in Plagwitz in der Weissenfelser Straße gewohnt und bereits vor etwa fünf Wochen den Tod gefehlt hat. Kleidungsstücke von ihm wurden bereits damals am Flußkanal aufgefunden.

Von einem Milchgeschirr wurde gestern in der Victoriastraße zu Thonberg ein 3jähriger Knabe ungerissen und über

den Rücken gesfahren. Doch scheint das Kind ohne ernste Verletzungen davongekommen zu sein.

Markleeberg. Am Sonnabend den 21. März hielt der hiesige Gemeindeverein seine von etwa 40 Mitgliedern besuchte Montagsversammlung ab. Nach Verlesen der Statuten und der Geschäftsordnung wurde auf Grund des § 6 der Vereinsstatuten ein Mitglied ausgeschlossen. Sodann wurde beschlossen, die Mitglieder zu veranlassen mit einem Vortrag oder einer Vorlesung beginnen das Verhalten des hiesigen Gemeindedieners während seines Dienstes bei Nacht einer abfälligen Kritik unterzogen und beschlossen, eine diesbezügliche Eingabe an die Amtshauptmannschaft zu richten. Die Versammlung war gut besucht.

Gerichtszaal.

Landgericht.

Leipzig, 23. März.

Aufforderung zum Zweikampf. Der Beamte der Sicherungsgeellschaft Urania und Sekondienieur der Reserve Dr. Weyer in Berlin war von dem Beamten derselben Gesellschaft, May in Leipzig, der litigierenden Verleumding beschuldigt worden. Er richtete deshalb an den 30. Jahre alten Oberpostdirektionssekretär und Lieutenant der Reserve, Rudolf Karl Eyneb und Augustusburg, jetzt in Leipzig wohnhaft, die Aufforderung, May zur Zurücknahme der Beleidigung zu veranlassen. Sollte dies in Gote nicht zu erreichen sein, so sollte er ihm die Forderung auf Pistolen stellen. Eyneb suchte auch May auf, traf ihn aber erst das zweite Mal an und wurde abgewiesen. Auf eine schriftliche Anfrage erklärte May, daß er den gerichtlichen Ausgang der Sache abwartete und auf einen zweiten Brief lehnte er die Forderung ab und wies auf den Weg der Privatlage hin. Er übermittelte ihm nun brieflich die Forderung. Kurz nachdem er dies Schreiben abgesetzt hatte, empfing er von Weyer ein Schreiben, in dem W. anriet, auf Stellung der Forderung zu verzichten, da es fraglich wäre, ob W. satisfaktionsfähig sei und W. ihnen doch schließlich zur Festungshaft verhelfen würde. Eine weitere Folge hat denn auch das Vorgehen E. nicht gehabt. Die Streitfrage ist durch eine Civillage erledigt worden, die durch einen Vergleich beendet wurde. Von der 2. Strafammer wurde E. wegen Aufforderung zum Zweikampf zu — einem Tage Festungshaft verurteilt. Bei der Strafausmessung berücksichtigte das Gericht, daß E. wegen seiner militärischen Stellung sich des Kriegsdienstes nicht entziehen konnte und daß es nicht zu einem Zweikampf gekommen ist.

Schössengericht.

Leipzig, 20. März.

In einem Familienfeste wollte sich am 21. Mai 1894 ein kleiner Herr bei dem Schneidermeister August Dachs in Leipzig einen Frackanzug leihen. Die Wahl war sehr schwierig, weil er so klein war und nur eine kleine Geldbundgabade machen konnte. Endlich zahlte Herr v. Löben, so hieß der Frackentleiher, die Leihgebühr von 7.50 Mk. und noch am selben Tage wurde ihm der Anzug in die Wohnung geschafft. Der Vater des v. L. der Steuerinspektor und Offizier a. D. v. Löben, damals in Leipzig, jetzt in Bittern wohnhaft, war mit der getroffenen Wahl aber nicht einverstanden und die anderen Familienmitglieder sahen den Frack für fabenscheinig und für so ekelhaft regend schmälig an, daß, wie sie sich ausdrückten, Frau v. L. ihn nicht einmal mit der Bange anfassen konnte. Der Frackanzug wurde dem auch wieder eingepackt, mit dem Pfechstiel des Herrn v. L. sen. versiegelt und am anderen Tag früh von v. L. jun. zum Verleiher mit der Weisung zurückgebracht, daß der Anzug unbrauchbar sei und daß das Paket nicht eher geöffnet werden solle, bis ein Herr komme, der mit Dachs darüber sprechen werde. Einige Stunden später kam auch ein Herr, machte dem Verleiher die festigsten Vorwürfe und wehrte es, daß das Paket geöffnet werde. Schließlich bemerkte er, daß D. seinem Sohne keinen Frackanzug geliefert habe, sondern Lumpen, Lappen und Dreck. Auf die Frage, wer er denn eigentlich sei, meinte der Herr: "Das kann Ihnen gleich sein, meinwegen heiße ich Schulze." Dachs wies mit dem angeblichen Schulze die Thür. Einige Zeit später kam v. Löben jun., denn das war der angebliche Schulze, wieder, um von neuem auf Dachs einzureden. D. bemerkte, er habe sich schon vorher ungezogen benennen, er solle machen, daß er hinaus komme. Im Beisein zweier Gehilfen ließ D. am Abend das Paket öffnen und sah sich der Frack, bis auf ein mutwillig verschafftes Loch im Rockfutter, unversehrt, sonst aber in passablem Zustande vor. Begegn. Hausfriedensbruch wurde v. L. sen. vom Schössengericht zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die durch zwei Instanzen gegen Dachs geführte Klage auf Herausgabe der Leihgebühr wurde abgewiesen. Weiter aber strengte D. gegen v. L. sen. noch eine Bekleidungssklage an, auf die v. L. Widerklage erhob. Das Gericht verurteilte nach eingehender Beweisaufnahme v. L. sen. wegen Bekleidung zu 18 Mk. Geldstrafe und sprach D. frei. Das Gericht war der Ansicht, daß v. L. dem D. seine Mißachtung ausdrücken wollte. Dagegen in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer beantragt sowohl den Antrag der Abg. Gräßdorf und Genossen, die Abschaffung von Schulgeld, Schulauflagen u. dergleichen, sowie den Antrag des Abg. Mehrt und Genossen, auf sich bezeichnen zu lassen. Zu dem letzteren Antrag beantragen zwei Mitglieder der Deputationsmehrheit (Georgi und Kellner) weiter, die Staatsregierung um Erwiderung zu ersuchen, ob alsbald schon die Übernahme der Alterszulagen der Lehrer auf die Staatsklasse oder auf eine gemeinschaftliche Klasse der Gemeinden erfolgen kann.

Dresden, 28. März. Eine am Sonnabend abgehaltene Parteierversammlung des 4. Reichstagwahlkreises erklärte sich dafür, künftig an den Landtagswahlen nicht mehr teilzunehmen und entschied sich außerdem gegen die Mandatsschleberlegung.

Die hiesigen Schmiedegehilfen waren Sonnabend vormittag zahlreich in der Centralhalle versammelt, um bezüglich ihrer Bahnbewegung weitere Verhältnisse zu erfahren. Es wurde bekannt gegeben, daß die Meister die Forderungen der Gehilfen zum größten Teile bewilligen wollten. Nach eingehenden Beratungen beschloß man, die definitive Beschlussfassung der Meister abzuwarten, jedenfalls aber die Forderungen der Gehilfen sofort am 20. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Eventuell soll von diesem Tage an gestreikt werden, wenn Einigung nicht zu erzielen ist.

Infolge des abormaligen Steigens des Elbstromes sind die Uferweisen und die am Strom entlang führende Straße in Schandau von neuem überflutet worden. Die an der Elbe liegenden Wohnhäuser und Hotels sind nur noch von der Stadtseite aus auf den sogenannten Wasserwegen zu erreichen.

Annaberg. 23. März. In der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde die Gewährung einer Summe von 4000 Mark für die im September stattfindende Feier des 400-jährigen Jubiläums der Stadt genehmigt.

Astenburg. 22. März. Der lebte Landtagsabgeordnete, der die Astenburger Bauerndracht nie abgelegt hat, Gutsbesitzer Wälzer aus Drogen, ist, 72 Jahre alt, dieser Tage gestorben. Dem Landtag vom Astenburg gehörte er bis zur vorigen Legislaturperiode eine lange Reihe von Jahren an.

Gimenau. 23. März. Der zum Bürgermeister im Januar gewählte Bürgermeister Hr. Edvard hier ist nicht bestätigt worden. Die Presl. Blg. bringt hierzu die überraschende positive Mitteilung, daß der Minister des Innern, Herr v. d. Neide, die Bestätigung verlangt habe, weil Herr Edvard nicht Reserve-Offizier sei, bzw. weil es einer gewissen Clique nicht paßte, daß er nicht Oberstleutnant sei.

Aus der Partei.

Parteiliteratur. Der bekannte Menageprozeß gegen den Redakteur der Münchener Post, Genossen Schmidt, bildet den Inhalt einer soeben im Verlage der Münchener Post erschienenen Broschüre mit dem Titel: *Der Militarismus auf der Anklagebank*. Der Preis der lebenswerten Broschüre beträgt 15 Pf.

Berlin. 23. März. Bei einer imposanten Trauertummlung gestaltete sich gestern das Leichenbegängnis des Formers Genossen Rehdanz, eines eifrigen Streiters für die Arbeiterfrage. Der Leichenzug bewegte sich von der Reichsstraße nach dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf etwa 2000 Personen, auch mehrere Reichstagsabgeordnete waren anwesend. Miezenkränze mit roten Schleifen wurden in großer Menge dem Sarge vorangetragen.

Von Nah und Fern.

Grimma. 23. März. In vorvergangener Nacht brannte zu Waldbach bei Grimma ein großes Bauerngut nieder.

Chemnitz. 23. März. Der Gutsbesitzer P. in Hartmannsdorf machte seinem Leben dadurch ein Ende, daß er eine auf der Decke des Bassins der Chemnitzer Düngerabfuhrgesellschaft befindliche verschlossene Klappe öffnete und in das Bassin sprang. Infolge gehabten Unglücks war er seit kurzer Zeit dem Wahne verfallen, daß er finanziell nicht mehr bestehen könne.

Niederschönau. 23. März. Am Donnerstag früh brannte in dem im Ostdorf gelegenen Neubertschen Grundstück das Wohn- und das Dach der in der Nähe gelegenen Scheune nieder. Man vermutet Brandstiftung.

Kochitz. 23. März. Von den gegen 1 Uhr mittags von Großbothen nach Glauchau verkehrenden Personenzügen wurde am leichtvergangenen Donnerstag kurz hinter Talschan eine Frau tödlich überfahren. Die Unglücksliste listete den Tod geführt haben, da sie sich erst unmittelbar vor dem Zuge ins Geleis geworfen hatte.

Kamenz. 23. März. Bedeutendes Aufsehen erregt in den Dörfchen an der benachbarten Grenze die erfolgte Inhaftnahme eines begütigten Einwohners. Derselbe wurde an das Landgericht Bautzen eingeliefert.

Berlin. 23. März. Wegen Unterschlagung eines Depots in Höhe von 20 000 Franken in italienischer Reute ist der Bauer Behrend am Luisenauer verhaftet worden. Die Geschäftsbücher sind beschlagnahmt und das Geschäftskloster versegelt worden. Behrend soll schon seit längerer Zeit mit Zahlungsschwierigkeiten gekämpft haben.

Thorn. 24. März. Diese Nacht wurde ein Militärposten auf einem der hiesigen Forts von mehreren Personen angegriffen. Während er von hinten niedergeschlagen wurde, entzündete sich sein Bewehr, wodurch er am rechten Bein schwer verwundet wurde.

Kiel. 22. März. Eine Dampfmine des deutschen Panzerfusses Weisenburg verankt während einer Torpedoschießübung in der Eckendorfer Bucht, niemand ist verunglückt; Werftfahrzeuge haben die versunkene Mine bereits gehoben.

Döbeln. 21. März. Durch zwei große Erdbebenungen wurden gestern nachmittag am Hügel in Hasbergen bei Döbeln im Schacht Hermine fünf Arbeiter verschüttet und sind bis jetzt noch nicht geboren, trotzdem 40 Arbeiter ununterbrochen bei den Rettungsarbeiten thätig sind.

Dortmund. 23. März. Um 8. ds. Mrs. begab sich der 20jährige Sohn einer Witwe in Bamenohl nach Finnentrop. Hier wurde er von „guten Freunden“ betrunken gemacht, dann in den Zug gebracht und nun seinem Schicksal überlassen. Seit jener Zeit war der junge Mann verschollen. Jetzt hat man seine Leiche in Pleitenberg in einer Turbine gefunden. In der Dunkelheit muß der Unglücksliste den Weg verfehlt haben und so umgekommen sein. Die Spähmacher dürfen wohl demnächst vor Gericht Gelegenheit finden, über ihre Heldenhat nachzudenken.

Dortmund. 23. März. In Biesenborn an der Lippe wurden der Sohn des Gutsbesitzers Niese, das Küchenmädchen des Gutes und die Hebamme des Dorfes verhaftet. Sie stehen unter Verdacht, das neugeborene Kind des Küchenmädchen ermordet zu haben. Es soll in der Wohnung der Hebamme verbrannt worden sein.

Wiesbaden. 23. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den Professor der Kunstgeschichte, Dr. v. Bamberg, zuletzt in Hattenbach wohnhaft, wegen betrügerischen Bankrobs zu vier Monaten Gefängnis.

Köln. 23. März. Auf einem bei Kierberg unweit Köln gelegenen Braunkohlen-Brikettwerke explodierte ein Trockenofen. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei tödlich und eine Anzahl leicht verwundet. Viele Fenster in der Umgebung wurden zertrümmert.

Frankfurt a. M. 23. März. Heute verlor ein Soldat des 80. Regiments, welcher hier auf Urlaub weile, mit einem Kasino-wasser Selbstmord. Das Motiv zur That soll Liebesgrau sein.

Nürnberg. 23. März. Ein rätselhafter Vorgang wird aus Nürnberg gemeldet. In der Nacht zum Sonntag überfuhr

ein Expresszug unweit der Stadtgrenze einen unbekannten Mann, der schwere Verletzungen davontrug. Der Fremde mache bezüglich seiner Personalien widersprechende Angaben. Nicht weit von der Stelle, an der der Schwerverletzte aufgefunden worden war, fand man dann den Körper eines entkleideten Mannes, dem die Lokomotive des Expresszuges den Kopf von dem Rumpfe abgetrennt hatte. Über den merkwürdigen Vorgang fehlt noch jede Aufklärung.

Wien. 23. März. In Mödling hat sich heute ein grauenhaftes Eifersuchtsdrama abgespielt. Der Maschinist Karl Stummel ermordete seine Geliebte Marie Steiner, nachdem er vorher sein vierjähriges Söhnchen in einem Kleiderkasten aufgehängt hatte, und erschoß sich darauf selbst.

Rom. 22. März. (Berliner Tageblatt.) In der deutschen Spinnerei von Poosler u. Maher in Prato kam es zwischen Deutschen und Italienern zu schweren Konflikten. Ein deutscher Arbeiter wurde erstochen, andere verwundet. Aus Florenz kam Militär, das mit einem Steinregen empfangen wurde.

Telegraphische Depeschen.

Privatelegramme der Leipziger Volkszeitung.

= Budapest, 24. März. Bei Ankunft der in Nagram (Kroatien) aus der Haft entlassenen Studenten, die wegen des Verbrennens einer ungarischen Fahne gesessen hatten, kam es zu stürmischem Aufruhr. Als die Polizei die etwa 5000 Köpfe zählende Zuschauermenge auseinander treiben wollte, entspann sich ein färmlicher Straßenkampf. Die Polizei ging „schnellig“ mit scharfer Waffe vor, das Volk erwirkte mit Schüssen, zwei Gendarmen wurden niedergestochen, eine große Anzahl Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Die kroatischen Bewohner Ungarns leiden unter dem Druck des herrschenden Magyarentums.

Verhandlungskalender.

Dienstag: Offizielle Verkündung der sozialdemokratischen Partei. Bautzen, Dresdner Straße. Abends 9 Uhr. T.O.: 1. Die böhmisches Wahlkomitee. Referent: Redakteur W. Lorenz.

Maurer. Bauschhof zur goldenen Krone, Mödring. Abends 7 Uhr. T.O.: 1. Versammlung der Bautzener Versammlung etc. Innere Sicherheit. 2. Wie verhofften viele und befreie Sohn und Arbeitsbedingungen.

Bauherrverein für die Altstadt Leipzig und Umg. Dreif. Mohren, B.-Anger. Abends 9 Uhr. T.O.: 1. Eröffnungsfeier von drei Künstsoldaten und zwei Schuhmännern. 2. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts. 3. Allgemeines.

Solardarbeiter. Flora, Windmühlengasse. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Kapital und Arbeit. 2. Welche Stellung nehmen die Leipziger Solardarbeiter zur Sozialbewegung der Tscheche. 3. Gewerkschaftliches.

Mittwoch: Bauherrwerker. Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: Die Mithilfe im Bauwesen mit Berücksichtigung der neuen Bauordnung der Stadt Leipzig.

Blümchen. Flora, Windmühlengasse. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Donnerstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: Die Mithilfe im Bauwesen mit Berücksichtigung der neuen Bauordnung der Stadt Leipzig.

Freitag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Samstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Sonntag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Montag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Mittwoch: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Donnerstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Freitag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Samstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Sonntag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Montag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Mittwoch: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Donnerstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Freitag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Samstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Sonntag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Montag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Mittwoch: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Donnerstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Freitag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Samstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Sonntag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Montag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Mittwoch: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Donnerstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Freitag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Samstag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Sonntag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

Montag: Bautzen, Bautzen, Dresdner Straße. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Wiederaufbau des Unternehmens sowie Regelung des Markenproblems. 2. Meinung des Kassierers und Kontrollur. 3. Bericht vom Geschäftsführer und Meinung eines Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.

 **Leset neueste Preise!**

Enorme Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen.

Wir bringen das große Liquidations-Lager der Firma S. Beer
vormals in Stassfurt in unserem Geschäft.

Katharinenstrasse Nr. 16
zum schlemmigen Verkauf und bitten nachstehende Preise zu beachten.

Ein großer Posten mit Perlmuttknöpfen in allen Farben, 2 Dutzend 3 Pf.	Ein Posten Stangenleinen (weiche Ware), 70 cm breit, Meter 27 Pf.	Handschuhe aller Sorten, Zwirnhandschuhe, Paar von 7 Pf. an
Ein großer Posten Schweißblätter, Paar von 2 Pf. an	Ein Posten Kleiderkattun, Meter 25 Pf.	Farbige u. schwarze reinwoll. Kleiderstoffe, enorme Auswahl, per Meter von 68 Pf. an
Häkelgarn, Knüpfgarn, große Lage 8 Pf.	Ein Posten große Wirtschaftsschürzen, Stück 98 Pf.	Gaushkleiderstoffe, Halbwolle, Meter 29 Pf.
Echt engl. Wäsche-Trimming, 10 Meter 9 Pf.	Ein Posten Gardenthemden für Männer, Stück 73 Pf.	Ein großer Posten guter Hemden-Bardent, 3 Meter 1.06 Mt.
Körperband, weiß, Stück 2 Pf.	Große Deckenschlipse, Stück von 3 Pf. an	Ein großer Posten Bettzeug, Meter von 19 Pf. an
Bouleauspielen mit Band eingefasst, Meter 4 Pf.	Weisse Diplomatschlipse, Stück 4 Pf.	Atlasse in allen Farben, Meter 37 Pf.
Ein großer Posten Socken, ausgezeichnete Ware, mit doppelter Ferse und doppelter Spize, Paar 33 Pf.	Ein Posten Tischtücher, Halblein., Stück 39 Pf.	Viquet-Bardent, Meter von 32 Pf. an
Ein großer Posten schwarze Frauenstrümpfe, extra schwer, Paar 57 Pf.	Ein Posten Tischtücher mit hinter Kante, Stück 88 Pf.	Glandrutschschürze, groß und fertig genäht, Stück 45 Pf.
Ein großer Posten farbige Frauenstrümpfe mit doppelten Spizen und Fersen, außerordentlich haltbar, Paar 43 Pf.	Arminster Plüschteppiche, Stück 5.40 Mt.	Ein Posten Herren- und Knaben-Kragen mit kleinen Fehlern, Stück 7 Pf.
Leichte Socken, Paar von 5 Pf. an	Arminster-Bettvorlage 1.08 Mt.	Ein Posten Manschetten, Paar 10 Pf.
Ein großer Posten Panzer-Korsetts, Stück von 35 Pf. an	Schwarze Kinderstrümpfe in acht Größen, richtige Größen, Paar von 7 Pf. an	Ein Posten Kinderlätzchen und Kinderkränzchen, Stück von 3 Pf. an
Ein großer Posten Schleier, per Meter 4 Pf.	Ein enormer Posten Gardinen zu noch nie gefaßt billigen Preisen	Ein Posten Stickerei - Röcke, Stück von 67 Pf. an
Große Sonnenschirme, Stück 86 Pf.	Herren-Normalhemden mit doppelter Brust, Stück 62 Pf.	Vorhangsstoffe, Meter von 45 Pf. an
Ein großer Posten Hutblumen, große Bouquets, Stück 10 Pf.	Damenhemden aus Hemdentuch, Stück 49 Pf.	Tischdecken mit Schnur und Quaste, in Bordeaux und grün, Stück 2.60 Mt.
Ein Posten Hemdentuch, 70 cm br., Mtr. 22 Pf.	Ein Posten gr. w. Bettdecken, Stück von 1.10 Mt. an	

MESSOW & Co.

Katharinenstraße Nr. 16.

P. S. In einigen Tagen trifft ein großer Posten Strohhüte für Damen und Kinder in diesjährigen Formen, per Stück 10 Pf., ein. — Veilchen auf Pielen (nicht auf Draht) kosten 3 Dkgd. 10 Pf.